Völkischer Beobachter

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Herausgeber: Dietrich Eckart

Erscheint täglich. Bezugspreis im Inland durch die Post im Juni M. 6200,—, unter Streifband M. 8200,—. Anzeigen-Annahme nur Schellingstraße 39/I nach aufliegendem Tarif. Schriftleitung: München, Schellingstraße 39/I. Fernruf 23695, 27460. Sprechstunden: Täglich nur von 10—11 Uhr vorm.

Geschäftsstelle München: Thierschstraße 15. / Fernruf 20647. / Drahtanschrift: „Beobachter München". / Geschäftszeit: Vormittags 8-12, nachmittags 2-6 Uhr, Samstag 8-1 Uhr. / Postscheckkonto: Fr. Eher Nachfolger, G. m. b. H., München 11346. / Bankkonto: Hansabank, e. G. m. b. H., München, Herzogspitalstraße 12.

Streifbandbezugsgebühr für Juni im Ausland: Österreich Kr. 20 000,—, Ungarn Kr. 1500,—, Tschechoslowakei 10 K.C., England u. bisher. deutsche Kolonien 3 sh., Jugoslawien 40 Dinare, Italien 10 Lire, Holland 1 fl., Verein. Staaten 1/4 Dollar, Schweiz u. die übrigen dem Weltpostverein angeschl. Staaten 3 Schwz. Franken.

Postsparkasse Wien, Konto 79921, Franz Eher Nachfolger, G. m. b. H. / Deutsche Gewerbschafts- und Genossenschaftsbank Reichenberg, Postscheckkonto 64563 beim Postscheckamt Prag (Angabe für Franz Eher Nachfolger, München, an den Erlagschein erforderlich.)

116. Ausg., 37. Jahrg. — München (Freitag), den 15. Juni 1923 — Preis 400 Mark

Die deutsche Schmach

Der Erlaß des Elberfelder Polizeipräsidenten, der durch das Verbot der schwarzweißroten Farben das Parteigezänk an die Bahre des von den Franzosen ermordeten Schlageter trug, ist es wohl „wert", hier im Wortlaut und mit Namensunterschrift wiedergegeben zu werden:

„Polizeipräsidium
Polizei-Präsident. — Elberfeld, den 7. Juni.

Die aus Anlaß der Überführung der Leiche Schlageters in seine Heimat für den 8. d. M. hier beabsichtigte Beisetzungsfeierlichkeit wird unter der Bedingung von mir genehmigt, daß:

1. Uniform des alten Heeres nicht getragen wird, und
2. schwarzweißrote Abzeichen einschließlich Kranzschleifen nicht gezeigt werden.

Diese Bestimmung gilt sowohl für die Feierlichkeit im Saale als auch die Überführung nach dem Bahnhof.

Gez. Suermont."

Was zu diesem Erlaß zu sagen ist, haben wir bereits gesagt. Er ist ein neues Schanddokument der Novemberrepublik. Daß er nicht eingehalten wurde, ist bekannt.

Die Tributfrage

Zwischen England und Frankreich gehen eifrige Unterhandlungen über die Tributfrage. Wie immer wird hier die heiße Methode Frankreichs mit der kalten Englands in Harmonie zu bringen versucht. Und da die „Einigkeit der Entente" — wie die „Frankf. Ztg." uns versichert — für Deutschland eine Garantie bedeutet, so wird die Einigung dieser beiden so um das Wohl Deutschlands besorgten Mächte sicher nicht mehr lange auf sich warten lassen. Nachstehende Meldungen zeigen schon die Art, mit welcher man Deutschland ins Garn manövrieren möchte: noch nicht direkte Forderung der Aufgabe jeden Widerstandes, sondern zunächst noch ein weiteres Ausbluten vorzunehmen. Das Ziel bleibt selbstverständlich dasselbe.

Amerika als Schiedsrichter?

tu. **London**, 14. Juni. Die „Central News" melden aus Washington: Hier sind Telegramme eingelaufen, nach denen die englische Regierung einen Plan vorbereite, der den Vereinigten Staaten das Amt eines Schiedsrichters in der Reparationsfrage zuweisen will. Präsident Harding lehnte jede Meinungsäußerung über jene Anregung ab.

Sofortige Reparationsaussprache auf diplomatischem Wege

tu. **Paris**, 14. Juni. Die unbestreitbare starke Entspannung zwischen England und Frankreich erklärt sich daraus, daß beide Teile endlich auf die Bluffdrohung mit dem Bruch verzichtet haben und einander eingestehen, daß ihnen beiden ihre Interessen eine Trennung verbieten. Man darf in Deutschland nicht übersehen, daß sich England durchaus nicht einseitig unter den Willen Frankreichs beugt, sondern daß das nunmehr wahrscheinliche Kompromiß durch Zugeständnisse und Entgegenkommen von beiden Seiten erzielt werden wird. Frankreichs Nachgiebigkeit erstreckt sich dabei, daß Poincaré unter dem belgischen Druck jetzt ausdrücklich bereit wäre, Reparationsbesprechungen mit den Alliierten (!) sogleich aufzunehmen, nur mit der Einschränkung, daß diese Aussprache nicht sogleich auf einer Konferenz, sondern zuerst nur auf diplomatischem Wege und in Beratungen der alliierten Sachverständigen eröffnet werden soll. Entgegenkommen zeigt er jetzt auch in der Frage des passiven Widerstandes. Es ist jetzt so gut wie sicher, daß Frankreich jetzt nicht mehr auf einer bedingungslosen Kapitulation Deutschlands bestehe. Ferner scheint Frankreich unter belgischem Einfluß auf den Plan zur direkten Ausbeutung des Ruhrgebietes verzichtet zu haben.

Deutscher Tag in Passau

am 16. und 17. Juni 1923

Münchener Parteigenossen benützen die Züge: München Hbf. ab 12[illegible]

F. I. M. Kohse Archiv f. Zeitgeschichte München

Menschenschinder an der Ruhr

Ein neues Opfer der Franzosen

tu. Düsseldorf, 14. Juni. Der Schießwahnsinn, von dem die Franzosen in den letzten Tagen befallen sind, hat auch hier ein Opfer gefordert. Der Schornsteinfeger H. Reger war bei einem französischen Offizier wegen Kaminfegens vorstellig geworden, und der Offizier hatte ihm einen Soldaten zur Begleitung mitgegeben. Reger stieg aufs Dach, der ihm beigegebene Soldat folgte aber nicht sofort. Nun feuerte ein anderer französischer Soldat von der Straße aus vier Schüsse auf ihn ab. Reger ist schwer und lebensgefährlich verletzt.

Der angebliche Dortmunder Mörder erschossen?

tu. Dortmund, 14. Juni. Von den Franzosen wurde der angebliche Mörder der beiden französischen Unteroffiziere festgenommen. Nach französischer Angabe handelt es sich um einen früheren Schupobeamten. Der Verhaftete versuchte, sich durch Flucht seinen Verfolgern zu entziehen, und wurde bei der Verfolgung erschossen.

Neuer Mord

tu. Paris, 14. Juni. In Mainz fand die Kriegsgerichtsverhandlung gegen den wegen Sabotage angeklagten Ingenieur der Badischen Anilin- und Sodafabrik Görges statt. Der Angeklagte war in dem Augenblick verhaftet worden, wo er an der Eisenbahnstrecke in der Nähe von Ludwigshafen Explosivstoffe anzubringen versuchte, um eine Entgleisung herbeizuführen. In der Verhandlung gestand der Angeklagte die ihm zur Last gelegte Tat. Sein Auftreten wird von den französischen Blättern als „auffallend würdig" bezeichnet. Er protestierte ganz energisch gegen den Vorwurf der Feigheit, den ihm der Vertreter der Anklage machen wollte, und versicherte, daß er nur aus vaterländischen Gründen gehandelt und seit längerem sein Leben zu opfern beschlossen habe. Nach kurzer Beratung des Gerichts wurde der Angeklagte zum Tode verurteilt.

Der französische Ausweisungsterror

tu. **Elberfeld**, 14. Juni. Die Franzosen haben von der Blockstelle Asbruch 71 Personen, die erst vor einigen Tagen aus dem Essener Bezirk ausgewiesen worden waren, ausgewiesen. Darunter sind 29 Frauen, 24 kleine Kinder, 2 Säuglinge und 16 größere Kinder. Besonders erschütternd war das Bild einer hochschwangeren Frau mit 7 kleinen Kindern.

Der „Temps" über die Ruhrpolitik

tu. **Paris**, 14. Juni. Der „Temps" zeigt sich zum erstenmal in seinem Glauben an die Wirkung der Ruhrpolitik ein wenig erschüttert. Er diskutiert den Gedanken eines Waffenstillstandes im Ruhrgebiet. An dem Tage, wo di Reichsregierung und die preußische Regierung alles getan haben, um dem Widerstand ein Ende zu machen und die Bevölkerung zur ehrlichen Zusammenarbeit mit den Verbündeten zu bewegen, an dem Tage, wo die Reichsregierung und die Leistungen, der Steuererhebung, des Verkehrs usw. eintreten würde, würde die französische und die belgische Regierung in die am 11. Januar ins Auge gefaßte Lage sich zurückversetzt finden. Die Rolle der zivilen Verwaltung würde wieder die überwiegende innerhalb des besetzten Ruhrgebietes sein. Zu diesem für Deutschland undiskutierbaren Vorschlag macht der „Temps" noch zwei Vorbehalte: einerseits wäre es, da die Bevölkerung seit 5 Monaten zum Widerstand aufgehetzt worden sei, notwendig, daß das französisch-belgische Kommando seine Freiheit behält, alle Schutzmaßnahmen zu ergreifen, die ihm geboten erscheinen; anderseits würde die Aufhebung des deutschen Widerstandes noch verschiedene andere Sicherheitsmaßnahmen verlangen, so z. B. könnte man nicht gestatten, daß die Lager metallurgischer Erzeugnisse, die dank den Regierungsvorschlägen von der Industrie aufgestapelt wurden, mit einem Schlag auf den Markt geworfen würden. Der „Temps" will bei dieser Gelegenheit die Aufforderung an England richten, sich mit einer Truppenabteilung, den Besetzungsmächten anzuschließen, da durch dieses Mittel die Ruhe wieder hergestellt werde und die Zivilverwaltung bald wieder in Kraft treten könne.

Das sind die ersten Mausefallen; der Speck wird von unserer Presse schon hübsch zurechtgelegt werden.

Ein Schlageter-Denkmal

Aufruf zur Sammlung.

Wie wir wissen, beabsichtigt General Ludendorff, einen Aufruf zur Errichtung eines Schlageter-Denkmalfonds zu erlassen. Er hat sich zu diesem Zweck auch mit dem Präsidium der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands und anderen maßgebenden Stellen in Verbindung gesetzt, um eine einheitliche Aktion sicherzustellen. Inzwischen ist das Präsidium der Vaterländischen Verbände bereits vorgegangen, um in dieser Verbindung für Bestrebungen zu sammeln, welche die „Befreiung Deutschlands herbeiführen" zu helfen geeignet sind. Da Schlageter dem deutschen Offizierkorps angehört hat, soll der Fonds von je einem Vertreter der Offiziersbünde mitverwaltet werden. Spenden sollen auf das „Schlageter-Konto der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands" beim Deutschen Kreditverein, A.G., Berlin W 9, Köthener Straße 44, eingezahlt werden.

Wie wir hören, ist von den Freunden Schlageters ein Denkmal geplant; hoch oben auf einem Schwarzwaldberge (dem Belchen) soll es sich erheben, mit dem Gesicht nach Frankreich soll es Kunde geben von echtem Heldenmut und zugleich eine ewige Mahnung sein an das deutsche Volk, die Schmach einmal zu rächen.

Englischer Fragebogen an Frankreich

tu. **London**, 14. Juni. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" stellt folgende Fragen auf, die Lord Curzon gestern in einer Denkschrift dem französischen Botschafter übergeben hat:

1. Eine genaue Umschreibung dessen, was in Frankreich unter dem Begriff des passiven Widerstandes verstanden wird.
2. Die Art, in der Frankreich bereit sei, die zurzeit ausgeübte Besatzungspolitik auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu ändern, wenn eine Entspannung der Lage eintritt.
3. Wie lange gedenkt Frankreich und Belgien das Ruhrgebiet besetzt zu halten?
4. **Würde die volle Handlungsfreiheit der deutschen Industrie und Verwaltung wieder hergestellt werden?**

Selbst Poincaré dementiert

tu. **Paris**, 14. Juni. Die Senatkommission für Auswärtige Angelegenheiten ist gestern unter dem Vorsitze des Herrn de Selves zusammengetreten. Hierbei erklärte Poincaré die aus London mitgeteilte Depesche, betreffend die Beschlüsse des Kabinetts, in jedem Punkt unrichtig. Weiter erklärt er, daß man aus den Mitteilungen des französischen Botschafters in London entnehmen müsse, daß die Besprechungen im Geiste aufrichtiger Wärme fortgesetzt werden.

Die französischen Strafverfahren gegen Kommunisten

tu. **Paris**, 14. Juni. In der Strafsache gegen die Kommunisten Cachin und Genossen wegen angeblicher verräterischer Umtriebe im Ruhrgebiet ist gestern zum zweitenmal ein Freispruch erfolgt. Nachdem der Senat des Staatsgerichtshofes eine Behandlung der Sache abgelehnt hatte, war die Angelegenheit einem gewöhnlichen Gerichtshof übertragen worden, und auch dieser hat nunmehr eine Verfolgung der Angelegenheit abgelehnt.

Gleichzeitig wurde gegen den deutschen kommunistischen Reichstagsabgeordneten Höllein, der sich noch immer im Pariser Gefängnis befindet, die Weiterverfolgung mit Rücksicht auf die Unzulänglichkeit der Anklage abgelehnt.

Über eine dritte Gruppe wird die Entscheidung erst später gefällt werden.

Zusammenkunft Baldwins und Poincarés

tu. Paris, 14. Juni. „Petit Parisien" meldet, daß in den der Londoner Regierung besonders nahestehenden Kreisen gestern über die Möglichkeit einer baldigen Begegnung Baldwins und Poincarés gesprochen worden sei. Eine Aussprache zwischen den beiden Staatsmännern könne, so nehme man an, zu einer schnellen Annäherung der beiden Länder beitragen.

Das „Echo de Paris" schreibt, es könne aus bester Quelle versichern, daß gestern abend offizielle Londoner Kreise dem englischen Ministerpräsidenten in sehr dringlicher Weise nahelegten, so schnell wie möglich eine Zusammenkunft mit Poincaré herbeizuführen. Es sei daher sehr wohl möglich, daß die schon vor einiger Zeit angekündigte Begegnung zwischen den beiden Ministerpräsidenten nun zustandekommt. Voraussetzung dafür dürfte sein, daß die zwischen den Kanzleien gepflogenen Verhandlungen um ein gutes Stück weitergebracht sein werden.

Aus der Lausanner Konferenz

tu. **Lausanne**, 14. Juni. Die türkischen Sachverständigen betonten, daß sie nicht bevollmächtigt seien, in Lausanne über die ausländischen Konzessionen weiter zu verhandeln, berieten aber doch bis Dienstagabend mit den Sachverständigen über diese Fragen.

Türkisch-griechische Friedensunterzeichnung

tu. **Paris**, 14. Juni. „Oeuvre" berichtet aus Genf, daß man in politischen schweizerischen Kreisen in Erfahrung gebracht habe, daß der griechisch-türkische Friede am Mittwoch, den 20. oder Donnerstag, den 21. Juni unterzeichnet wird. Der Bundesrat habe bereits den Präsidenten ersucht, einen Schweizer Delegierten zu ernennen, der an der Feierlichkeit teilnehmen soll.

Die Lage in Bulgarien

tu. **Sofia**, 14. Juni. Die gefangenen Bauern sollen als Aufrührer vor die ordentlichen Gerichte gestellt werden. Die neue Regierung verfügte die Aufhebung des Ausnahmegesetzes, das Stambulinski erlassen hatte. Dieses verbot den Advokaten, bei politischen Prozessen die Verteidigung zu führen. Über das Vermögen Stambulinskis und sämtlicher Minister wurde die Sperre verhängt. Nach einem vorgefundenen Verzeichnis bekam Stambulinski erst vor wenigen Tagen 120 Millionen Lewa.

Die Vertrustung der Türkei

Mit der Hilfe, die uns Deutschen von außen erwachsen soll, ist es nichts. Einmal hofft man auf Amerika, dann auf England, dann auf Italien. Viele glaubten, daß es zu einem Bruche zwischen Angora und der Entente, namentlich mit Frankreich, kommen werde, und daß wir durch einen orientalischen Krieg eine Entlastung erführen. Auch diese Hoffnung ist zu Wasser geworden.

Allerdings war die Spannung zwischen Türkei und Griechenland, und ebenso zwischen Türkei und Frankreich, bereits so heftig geworden, daß der Ausbruch eines Krieges nur die Frage von wenigen Wochen schien; in jüngster Zeit jedoch haben sich plötzlich die Wogen geglättet, und alles läuft buchstäblich aus wie das Hornberger Schießen. Das ging nämlich zu Ende, bevor es angefangen hatte, und zwar, weil die Schützen vergessen hatten, das Pulver mitzubringen. Das ist genau der Fall bei den Osmanen. Der Grund für ihre plötzliche Friedfertigkeit ist einfach der, daß sie kein Geld haben. Verwunderlich genug! Denn auf der einen Seite war die Währung der Türkei auffallend gut, schon deshalb, weil in Anatolien noch beinahe eine Milliarde Goldmark vorhanden ist, und weil die Ausgabe von Papiergeld dort während und nach dem Weltkriege nur äußerst bescheidene Formen angenommen hat. Auf der anderen Seite, weil doch offensichtlich eine ganze Anzahl von Mächten sich um die Freundschaft Angoras bewarben. Tatsächlich aber hat Paris wohl das Heer Mustafa Kemals mit Kriegsgerät, jedoch keineswegs mit Geld unterstützt, und weder von Italien noch von England ist bekannt geworden, daß von dort eine offene oder geheime Anleihe geflossen wäre. Nun sollte man glauben, daß die reichen Yankees, die doch kürzlich den Chestervertrag mit Angora abschlossen, die eine gewaltige Konzession, beinahe ein Monopol, auf die Wirtschaftskräfte ganz Ostanatoliens erhielten, und deren wirtschaftliche Annäherung doch ganz zweifellos politisch gefärbt war, daß sie den Türken einen stattlichen Vorschuß gegeben hätten. Nichts dergleichen geschah bis jetzt. Wenn aber einmal der Bau der beabsichtigten Eisenbahnlinie in Angriff genommen ist, so macht auch das den Kohl nicht fett, weil den Berechnungen nach nur etwa 10 Millionen Dollar alljährlich den Türken zufließen würden, und auch diese nicht dem Staatsschatze, sondern der Privatwirtschaft.

Über die Chesterkommission hat inzwischen die Welt die meisten Einzelheiten erfahren. Sie erstreckt sich nicht nur auf den Bau von Eisenbahnen, die namentlich Angora mit den Ostgrenzen des osmanischen Reiches, und bei Nisibin, in der Jesihra, westlich vom mittleren Euphrat und südlich von Mittelanatolien, verknüpfen sollen, sondern auch auf einen Ausbau der Hauptstadt Angora in amerikanischem Geschmacke mit großen Regierungsgebäuden, breiten Straßen, einem neuzeitlichen Gasthof mit 400 Zimmern, einem geräumigen Park mit einem künstlichen See, mit Trambahnen, Telephonen, elektrischer Beleuchtung und einer Kanalisierung und modernen Wasserversorgung, und ferner vor allem auf Mineralschätze. Bei diesen stehen voran die Ölgruben. Kaum wichtiger sind für die allernächste Zeit die Kupferminen von Agana Maden, nordwestlich von Diarbekir. Sodann wären Vorkommen von Silber und Lignit (einem Brennstoff zwischen Holz und Braunkohle), Mangan und Schwefelkies auszubeuten. Endlich soll ein guter Hafen am Ägäischen Meere, und ein anderer, wahrscheinlich in Samsun am Schwarzen Meere, erstellt werden. In den Häfen erwarten die Yankees eine starke Einfuhr landwirtschaftlicher Maschinen aus Amerika. Mündlich höre ich allerdings, daß diese letzten Hoffnungen vermutlich kaum verwirklicht werden. Ford habe nämlich bereits angefangen, mit seinen Traktoren und Motorpflügen Nordanatolien zu überschwemmen; allein die Erzeugnisse seiner Fabriken hätten den Nachteil, daß sie schon vor Jahresfrist untauglich würden. Nun aber fehlt es völlig an Ort und Stelle an Reparaturmöglichkeiten. Übrigens hat schon längst vor dem Dearborner Milliardär ein anderes amerikanisches Haus, die Harvester

Kompanie, einen Markt im Norden des nahen Orientes sich erschlossen, vorzugsweise freilich in Südrußland und dem Kaukasus. Letzthin jedoch dem Vernehmen nach auch in Anatolien.

Nachträglich sickert durch, daß die Chesterkonzession eigentlich schon im Jahre 1911 erteilt worden ist. Entsprechend dem türkischen Gesetz mußte sie jedoch durch das Mebus-Khane, das osmanische Parlament, bestätigt werden. Das war bisher nicht eingetreten. Außerdem bestimmte der Vertrag, daß eine unvorhergesehene höhere Gewalt die Chestergruppe von ihren Verpflichtungen entbinden würde. Derartige unvorhergesehene Ereignisse hat es gerade im Orient, in Vorderasien, eine ganze Anzahl gegeben. Da brach zunächst der Krieg zwischen der Hohen Pforte und Italien im Jahre 1911 aus. Im nächsten Jahre folgte der Balkankrieg und dann der zweite, der durch den Vertrag von Bukarest beendet wurde. Es kam der Weltkrieg und das erbitterte Ringen mit Griechenland, das sich völlig durch drei Jahre hinzog, und bis zum heutigen Tage noch nicht durch einen regelrechten Frieden beendet ist. Das läßt es erklärlich erscheinen, daß die ganze Konzession aufs neue nachgesucht und erteilt wurde, diesmal in stark vergrößerter Gestalt. Dagegen ist die Konzession, die Franklin Bouillon für Frankreich vor zwei Jahren erreichte, verfallen, da die Franzosen nicht die geringste Miene machten, an den Bahnbau, den sie versprochen hatten, heranzutreten.

Admiral Chester ist für seine Pläne schon seit 1898 in der Türkei tätig. Er begab sich damals persönlich nach Konstantinopel, zu einer Zeit, da einem Kollegen von ihm, dem Admiral Dewey, dies versagt wurde. Nach den Erfolgen von Manila, die er ohne sonderliche Mühe, wenngleich nach amerikanischer Auffassung durch den deutschen Admiral Diederichs behindert, errungen hatte, kehrte Dewey mit seiner „ruhmvollen" Flotte durch den Suezkanal nach Amerika zurück. Unterwegs wollte der Philippinensieger dem Sultan seine Aufwartung machen und hoffte auf einen triumphalen Empfang. Der Sultan aber, der alte Abdul Hamid, gab ihm ganz deutlich zu verstehen, daß ihm dieser Besuch keineswegs erwünscht wäre. Um so erstaunlicher ist es, daß ein anderer Yankee, Chester, der Hohen Pforte willkommener war. Freilich hat auch er, wie aus dem Gesagten hervorgeht, ganze zwölf Jahre gebraucht, um zum Siege zu gelangen. Auch sonst sind die Yankee-Unternehmer durchaus nicht einig unter sich, sondern bekämpfen einander gegenseitig ebenso erbittert, wie sie mit englischen und französischen Spekulanten in Vorderasien zu ringen haben. Die Leute um Chester und Oberst Goethals — es ist der Mann, der den Panamakanal gebaut, oder richtiger, vollendet hat — haben es nicht nur mit den britischen Ölinteressen im nahen Orient zu tun, sondern haben auch mit ihren eigenen Landsleuten als Gegner zu rechnen, nämlich mit dem Standard Oil Co., mit der Sinclair-Gesellschaft und der Gulf Oil Company. Außerdem soll in jüngster Zeit Hoover, der einstige Wirtschaftsdiktator der Vereinigten Staaten, mit einem Orienttrust hervorgetreten sein, der hauptsächlich auf die Gegend am Urimasee, also auf Nordwestpersien und anscheinend auch auf den Kaukasus, seine Augen geworfen hatte. Wie weit jedoch dieser Trust sich verwirklicht habe, kann ich nicht sagen. Die Standardleute haben sich ebenfalls um den Kaukasus bemüht. Sie sollen bereits von Lenin oder aber von seinen Nachfolgern, die Befugnisse erhalten haben, die Nobelgesellschaft, mithin die bedeutendste Ölgesellschaft von Baku am Kaspisee, zu übernehmen und zu reorganisieren. Sie haben ferner Ölvorrechte in Palästina erlangt. Gemeinsam mit den britischen Interessen haben die Standardleute die North Persian Exploitation Company gegründet, und haben es versucht, sich auch an den vielberufenen Ölfeldern von Mossul zu beteiligen. Jene Interessen stehen unter der Verwaltung von zwei Großjuden, von Sir Markus Samuel und Greenway. Man sieht hier wieder einmal, wie die Großjuden zusammenhängen. Jener Marcus ist nämlich der Bruder des Sir Herbert Samuel, der Oberkommissar von Palästina ist. Ein anderer Bruder, Percy Samuel, war Gesandter in Polen. Alle drei Brürder sind innige Freunde von Lloyd George und haben ihn seinerzeit in den anrüchigen Marconiskandal verwickelt, der ihm beinahe die Erstministerschaft kostete. Der Riesenkonzern, über den Marcus Samuel verfügt, ist ein gewaltiger Tintenfisch, eine richtige Seekrake, die überallhin ihre Fangarme und Saugwarzen ausstreckt. Der Konzern besteht aus der Royal Dutch und der Shellkompagnie, ursprünglich Gesellschaften Holländisch-Indiens, die jedoch, von englischem Kapital „befruchtet", sich inzwischen auf alle Erdteile ausgedehnt haben. Diese beiden Gruppen haben sich mit der mächtigen Birmagesellschaft des Lords Strathcona und der Persian Oil Company, an der die britische Regierung selbst mit zwei Millionen Pfund beteiligt ist, zusammengeschlossen. Der ganze Konzern verfügt über annähernd zwölf Milliarden Dollar, während Rockefeller vierzehn Milliarden kontrollieren soll.

Die Entwicklung hat in den letzten Jahren denselben Lauf genommen wie bei Stinnes. Obwohl Stinnes kein Jude, geht er mit den Juden. Ebenso hat der Standardtrust es für nützlich gehalten, mit denen um Samuel zusammenzugehen. Wer wen frißt, das werden wir ja sehen. Die Amerikaner haben bei der North Persian Co. und, wie es scheint, auch in Palästina, nur ein Viertel der Aktien. Über die Hälfte besitzen die Engländer, d. h. der Jude Samuel, und den Rest hat eine französische Gesellschaft, deren Vorstand ein aus dem Weltkrieg bekannter General ziert, und die mit den Amerikanern geht.

Schon oft wurde hervorgehoben, daß die Juden wahrhaftig keine Sonderrechte in Palästina beanspruchen dürfen. Es leben dort an 600 000 Araber und 70 000 Christen. Ihnen stehen etwa 85 000 Juden gegenüber. Die letzteren sind überwiegend aus Leuten russischer Staatsangehörigkeit zusammengesetzt. Bei ihnen macht sich die bolschewistische Ader stark bemerkbar; ein Hebräer hat kürzlich sogar ein Elektrizitätsmonopol für ganz Palästina erlangt (Ruthenberg). Nun hat die geschilderte, in höchstem Maße parteiliche, Wirksamkeit Herbert Samuels eine unerwartete Folge gehabt. Zum ersten Male in der Jahrtausendgeschichte des Landes haben sich Mohammedaner und Christen zusammengeschlossen. Sie haben eine Delegation unter Musa Kiazim Pascha abgeordnet, um sich über die Juden zu beklagen. Auch mit Angora sind die Moslime Palästinas in Verbindung. Einstweilen ist die Sache in der Schwebe. Selbst in London weiß man nicht recht, was man machen soll. Man steht gleichermaßen unter der Fuchtel der Großjuden von London und unter der Angst, daß der Abneigung der islamischen Welt gegen Großbritannien durch eine übermäßige Begünstigung der Palästinajuden neue Nahrung zugeführt würde.

„Deutsches" Reich

Reichstag

Erhöhung der Verbrauchssteuern.

Es folgt die erste Lesung der Gesetzentwürfe zur Erhöhung der Mineralwassersteuer, der Leuchtmittelsteuer, der Zündwarensteuer, der Salzsteuer und der Zuckersteuer. Diese Steuern sollen der Geldentwertung angepaßt werden

Abg. Koenen (Komm.) richtet heftige Angriffe gegen die Regierung, weil sie die Verbrauchssteuern erhöhen wolle, aber immer noch keine Vorlage zur Erhöhung der Besitzsteuer eingebracht habe.

Abg. Simon, Schwaben (Soz.) macht die Zustimmung seiner Fraktion zu diesen Verbrauchssteuern abhängig von den angekündigten Besitzsteuern.

Die Vorlagen werden darauf dem Steuerausschuß überwiesen.

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Nach der Vorlage wird bewußte Verbreitung von Geschlechtskrankheiten mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft. Wer geschlechtskrank ist und trotzdem eine Ehe eingeht, wird mit Gefängnis bestraft. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein. Die Behandlung von Geschlechtskrankheiten ist nur den für das Deutsche Reich approbierten Ärzten gestattet. Eine Änderung des Strafgesetzbuches wird in der Richtung vorgenommen, daß die Unterhaltung von Bordellen als Kuppelei angesehen wird. Die polizeiliche Sittenkontrolle wird abgeschafft.

Abg. Dr. Grotjahn (Soz.) begrüßt die Abschaffung der polizeilichen Sittenkontrolle, die hygienisch nichts nütze und die betroffenen Frauen auf Lebenszeit entwürdige.

Innenminister Oeser gibt seiner Freude Ausdruck, daß der Ausschuß trotz mancher Bedenken einstimmig die Vorlage angenommen hat. Er bittet um schnelle Verabschiedung des Gesetzes. Wir müssen eine Million Geschlechtskranker zählen. Mit dem Weltkriege haben die Geschlechtskrankheiten außerordentlich zugenommen und auch auf dem Lande große Verbreitung gefunden. Eine erfolgreiche Bekämpfung dieser Volksseuche müsse in die Wege geleitet werden.

Abg. Frau Neuhaus (Zentrum) erklärt sich mit dem Gesetz einverstanden. Die Moral des Volkes müsse besser werden. Notwendig sei eine Besserung der Erziehung der Jugend, die an Leib und Seele gesunden müsse.

Abg. Strathmann (Dtnatl.): Die sittlichen Grunlagen unseres Volkes müssen gebessert werden. Das lasse sich aber nicht auf gesetzgeberischem Wege erreichen. Trotzdem müsse man alles versuchen, um dem Übel abzuhelfen.

An unsere auswärtigen Streifbandbezieher!

Wir machen darauf aufmerksam, daß wir Abbestellungen nur entgegennehmen können, wenn dieselben

bis 20. des noch zu beliefernden Monats

beim Verlag, Thierschstr. 15

einlaufen. Später oder gar in dem Monat, in welchem Zustellung nicht mehr gewünscht wird, zugesandte Abbestellungen können wir nicht berücksichtigen. Die Bezugsgebühr ist in diesem Falle für den begonnenen Monat ganz zu leisten.

Mit deutschem Gruß

„Völkischer Beobachter"

Verlag F. Eher Nachfolger, G. m. b. H.

Ein aufgehobenes Verbot

tu. Nürnberg, 14. Juni. Die mittelfränkische Kreisregierung hat der Beschwerde der Reichsflagge in Nürnberg gegen den gestrigen Beschluß des Nürnberger Stadtrats stattgegeben und das Umzugsverbot aufgehoben, so daß also am Freitagabend in Nürnberg die Trauerkundgebung für den ermordeten Schlageter in der von der „Reichsflagge" geplanten Form stattfinden kann.

Also selbst Heldenehrung wird verboten...

Wegen Pflichttreue suspendiert

tu. Dresden, 14. Juni. Die beiden Polizeioffiziere Koch und Haase, die bei den letzten Unruhen in Dresden vor dem Polizeipräsidium gegen die Unruhestifter vorgingen, sind vom Dienste suspendiert worden. Sie sind sicher ein Opfer der Kommunisten geworden, die von der Regierung die Entlassung mißliebiger Polizeioffiziere gefordert hatten. Der Bolschewismus marschiert also zusehends.

Versechsfachung der Zwangsanleihe

tu. Berlin, 14. Juni. Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages hatte heute vormittag entsprechend dem Antrage Lange-Hegermann (Dtsch. Volksp.) mit den Stimmen des Zentrum und der Sozialdemokraten die Versechsfachung der Zwangsanleihe behufs Sicherstellung der verbilligten Brotversorgung für Minderbemittelte, Sozial- und Kleinrentner angenommen. An der Annahme im Plenum besteht kein Zweifel.

Die Streiklage in Oberschlesien

tu. Gleiwitz, 14. Juni. Die Streiklage im oberschlesischen Industriegebiet ist wenig verändert. Die Arbeiter der Eisenbahnlokomotiven- und Wagenwerkstätten, haben jetzt die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen. Der Führer der Zentralstreikleitung, Markgraf, wurde laut Haftbefehl des Oberpräsidenten verhaftet. Es handelt sich dabei aber nicht um eine Verhaftung, die mit der Streiklage im Zusammenhang steht, sondern um eine politische Angelegenheit. Wie mitgeteilt wird, wird sich heute eine Delegation zum Demobilmachungskommissar nach Oppeln begeben, um die Forderungen der Streikenden vorzutragen. Außerdem findet heute, wie am letzten Sonntag in Gleiwitz ein Betriebsrätekongreß statt.

Letzte Nachrichten

Ein Mißtrauensvotum gegen Severing abgelehnt.

tu. Berlin, 14. Juni. Der Preußische Landtag lehnte in der heutigen Sitzung das von den Deutschnationalen beantragte Mißtrauensvotum gegen den Innenminister Severing mit 226 gegen 64 Stimmen der Deutschnationalen bei neun Stimmenthaltungen ab.

Keine Erörterung über die Aufgabe des passiven Widerstandes!

tu. Berlin, 14. Juni. Der „Lokalanzeiger" meldet: Gestern hat an der Grenze des Ruhrgebietes eine Sitzung stattgefunden, an der Vertreter aller Parteien und aller Schichten der Bevölkerung teilgenommen haben. Es ist zum Ausdruck gebracht worden, daß jede Erörterung über etwaige Aufgabe des passiven Widerstandes abgelehnt wird. Im gegenwärtigen Augenblick würde eine solche Erörterung nicht nur außerordentlich ungünstig wirken, sie würde auch im Ruhrgebiet besonders peinlich empfunden. Es ist auch das Wort gefallen, daß man sich den passiven Widerstand nicht aus der Hand schlagen lassen wolle, nur ein Teil der Berliner Presse vertrete diesen Gedanken.

Das Urteil gegen Görges amtlich bestätigt.

tu. Berlin, 14. Juni. Wie die Telegraphen-Union erfährt, liegt eine amtliche Bestätigung des Urteils des französischen Kriegsgerichts in Mainz gegen den Ingenieur Görges nunmehr vor.

Vom Totenbett weg vertrieben!

tu. Eschweiler, 14. Juni. Bei dem Weichensteller Rießen in Eschweiler erschienen am Samstag zwei Beauftragte der belgischen Besatzung und forderten die Räumung der Wohnung am Montag. Dieser zeigte ihnen im Nebenzimmer seinen vor einigen Stunden verstorbenen Enkel, und bat, ihm Aufschub bis nach der Beerdigung zu geben. Er erhielt den Bescheid, daß die Räumung fristlos eingehalten werden müsse. Er war gezwungen, mit der Leiche seines Enkels auf die Straße zu wandern.

Der bulgarische Gesandte in Wien dementiert die Alarmmeldungen.

tu. Wien, 14. Juni. Der Wiener bulgarische Geschäftsträger Stoilow dementiert die über die Ereignisse und Zustände in Bulgarien verbreiteten beunruhigenden Meldungen und bezeichnet sie als Ausgeburt überhetzter Phantasien. Er erklärt, in Bulgarien herrsche vollkommene Ordnung. Die auswärtigen Blättermeldungen über den Vormarsch der Bauernorganisationen seien ganz widersinnig. Es sei unmöglich, daß die mit der wichtigsten Feldarbeit beschäftigten Bauern alles stehen und liegen lassen werden, um in Sofia ihr Leben preiszugeben.

Schlageter

(Weise:
„Ich hatt' einen Kameraden...")

Treu bis zur letzten Stunde,
Treu deutschem Pflichtgebot,
Mit fest verschloss'nem Munde
Traf Dich die Todeswunde —
Fielst Du für deutsche Not!

Du hast uns wollen zeigen
Was deutscher Mut vermag:
Zu kämpfen und zu schweigen!
Drum sollen Flammen steigen
Aus Deinem Sterbetag!

Die Fahne soll sich senken
Bei Deines Namens Klang!
Du sollst den Sinn uns lenken,
Wir wollen Dein gedenken
Das ganze Leben lang!

Paul Boeddinghaus.

Zur österreichischen Musikwoche in Berlin

Die österreichische Musikwoche in Berlin zeugt von der Verlagerung der kunstpolitischen Interessen innerhalb der allerletzten Jahre. Gab es früher in Süddeutschland, insonderheit in München keine Spielzeit, in der nicht ein ganzer Rattenschwanz von österreichischen Juden zur Aufführung gelangte, so ist das mit einem Male anders geworden.

Heute hat sich die Interessensphäre verschoben; an Stelle Münchens (dieser rückständigen atavistischen Stadt) ist Berlin mit seinem energisch „fortschrittlichen" Sinn getreten. Wir gönnen dieser Stadt all das Neue von Herzen, Herrn Schreker und seine Schule ebenso wie die Einwanderung einzusehen aus der gründlich abgegrasten Stadt an der Donau und die „österreichische Musikwoche". Mögen sich die Neuästhetiker an der Spree, die erst in diesen Tagen ihre expressionistische Weihe erhalten sollen, nicht an den Gerichten den Magen verstauchen, die uns in bewegteren Zeiten serviert wurden. Ja, liebe Freunde aus dem Reiche Severings, ihr sollt tolerant, großzügig und geduldig sein: drei Eigenschaften, die uns Süddeutschen besonders in bezug auf die Judenfrage abgehen.

Darum hört euch diese Musik der Mahler, Schönberg, Zemlinsky, Webern, Berg, Schreker an. Seid davon überzeugt, daß ihr die verdammte Pflicht und Schuldigkeit habt, sie für schön und groß zu finden. Laßt euch von euren Feuilletonisten geistreiche Essays über „Ehrt eure deutschen Meister" schreiben und denkt von uns, was ihr nicht lassen könnt. Nehmt die „Österreicher" gut auf, damit sie sich bei euch wohl fühlen.

Dann sind wir sie hoffentlich für alle Zukunft los. Das walte Gott!

In „Maskenball" und „Madame Butterfly" gastierte auf Anstellung Herr Arnold Gabor vom Landestheater Dessau. Er hinterließ darstellerisch und gesanglich keinen günstigen Eindruck.

Staatstheater. Die Generaldirektion der Bayerischen Staatstheater macht die Platzmieter auf die Einzahlung der zwischen 1. und 2. Juni fällig gewesenen Nachzahlung der Platzmiete nochmals aufmerksam. Anschläge darüber sind im Zuschauerraum des Nationaltheaters, an der Tageskasse und bei den Nebenverkaufsstellen

Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehörigen. Die am 10. Juni stattgehabte Obmännerkonferenz hat folgende einstimmige Resolution gefaßt: Die versammelten Obmänner der Münchner Privattheater haben mit Verwunderung davon Kenntnis genommen, daß die Landesbühne, eine 1½jährige Kunstschöpfung, eine Gutachterstellung bezüglich Erteilung von Spielkonzessionen in Bayern besitzt. Die Konferenz protestiert auf das entschiedenste dagegen, insbesondere aber dagegen, daß die Landesbühne diese, amtlichen Charakter tragende Gutachterstellung dazu benützt, Gutachten zu eigenem Vorteil abzugeben. Der Bezirksverband Bayern der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger bekämpft auf das allerentschiedenste das Schmierenwesen in der Provinz und weiß sich hierin mit der Tendenz der Landesbühne einig, muß jedoch ebenso scharf dagegen Stellung nehmen, wenn die Landesbühne durch ihre oben gekennzeichnete Einflußnahme die noch bestehenden Ensembles der Provinz gefährdet, deren künstlerische Existenz traditionell berechtigt ist."

Zum Präsidenten des Bayerischen Kunstgewerbevereins wurde an Stelle des bisherigen Präsidenten Generaldirektor Prof. Dr. Halm, der nach sechsjähriger verdienstvoller Tätigkeit dieses Amt niedergelegt hat, Geheimrat Prof. Dr. Bestelmayer gewählt.

Filmschau. Museum-Lichtspiele (Zeppelinstr. 85 — Joseph Liebl). Die Spielfolge weist gegenwärtig das Robert Heymannsche Schauspiel in 5 Akten „Das Raritätenkabinett" auf. Aufnahmeleiter, Architekt, Darsteller und Photograph arbeiteten mit Geschick zusammen. Das fünfaktige Lustspiel „Der Liebeskorridor" sorgt für Unterhaltung.

N. E. Gieg.

Houston Stewart Chamberlain, der deutsche Fabrikarbeiter und die Volksverdummung durch die „undeutsche" sogenannte deutsche Presse. In seinem Buche Immanuel Kant kommt Chamberlain u. a. auch auf das Verhältnis des Fabrikarbeiters und des Bauern zur Natur zu sprechen. Auch sein unwiderlegliches Urteil über die Presse, unter gleichzeitiger Berufung auf Goethe sei hier nachstehend mitgeteilt:

„... Jeder angebliche Fortschritt der Zivilisation liefert den Unterdrückern der Menschenwürde neue Waffen in die Hände. Von ungefähr sechzig Jahrhunderten besitzen wir mehr oder weniger ausführliche Kunde — keines hat so mächtige Werkzeuge zur Verblödung und Vergewaltigung unzähliger Menschen erfunden, wie das Jahrhundert der Presse und der Maschine. Und zwar wirkt alles im Sinne einer zunehmenden Schwächung des Anschauungs- und Denkungsvermögens. Der Fabrikarbeiter ist allem täuschenden Anschein zum Trotz ein armseliges Wesen im Vergleich zum Bauern — denn während dieser mit der lebendigen Natur verwachsen ist, von der er täglich Wahres lernt, so daß er zwar langsam, aber nichtsdestoweniger scharf und klug und angemessen und unbeirrt urteilt, über diejenigen Dinge nämlich urteilt, die sein Interesse berühren — ist der Fabrikarbeiter aus allem Zusammenhang mit der unbewußt belehrenden Natur herausgerissen und hat nicht die Zeit, das hierdurch Versäumte auf dem Wege der künstlichen Bildung nachzuholen..."

„... Heute gehorchen in Deutschland Millionen solcher Arbeiter einer Handvoll zugewanderter Juden, die ihre Unterhaltung und ihren Vorteil darin finden, den durch die Arbeit und die Schmerzen von Jahrhunderten aufgemauerten Staat zu untergraben. Innerhalb der Partei ist die Exkommunikation gegen jeden, der sich untersteht, eine eigene Meinung zu besitzen, schon längst eingeführt; morgen werden dieselben Männer Rom oder einem anderen Tyrannen ebenso widerspruchslos gehorchen..."

„... Was aber die Presse notwendig sein und werden mußte, hat schon vor 100 Jahren kein Geringerer als Goethe mit unbeirrbarem Urteil vorausgesehen: „Das Gute, was dadurch gefördert wird," sagt er, „muß gleich vom Mittelmäßigen und Schlechten verschlungen werden", darum nennt er das Zeitungswesen „ein fallendes Gift, das zwar eine Art Halbkultur in die Massen" bringe, wahre Kultur aber vernichte. Was vor allem durch die Presse vernichtet wird, ist die Anlage, selbständig zu denken und zu urteilen. Wohl neunzig vom Hundert der Gebildeten lesen heute noch Zeitungen und schwächen dadurch in einem solchen Maße ihre Fähigkeit, aufzumerken und die Gedanken anhaltend auf ein bestimmtes Ziel zu richten, daß sie nicht mehr imstande sind, ein Buch zu lesen, selbst wenn sie es einmal versuchen sollten..."

Ursachen der Fleischwucherpreise

Auf 600 Bayern ein Viehhändler!

Wie seinerzeit aus Pressemeldungen zu entnehmen war, soll der jetzige Syndikus des Landesverbandes bayerischer Viehhändler, Dr. Graninger, welcher bekanntlich früher Presse-Referent der „entschlafenen" Bayerischen Fleischversorgungsstelle war, Ende November 1922 in einer im Hotel Union in München abgehaltenen Versammlung der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft, e. V., in welcher er über das „Preisproblem der Fleischversorgung" einen Vortrag hielt, festgestellt haben, daß bis zu dieser Zeit die Steigerung der Viehpreise bzw. Fleischpreise mit den Preisen für andere notwendige Lebensmittel auch nicht im entferntesten gleichen Schritt gehalten hatte.

Und wie liegen heute die Verhältnisse? Fast möchte man zu der Ansicht hinneigen, als ob durch diese Feststellung bestimmte Interessentenkreise indirekt und vielleicht auch unbeabsichtigt ermuntert worden wären, in dieser Richtung bisher Versäumtes nachzuholen. Damals nämlich hatte beispielsweise der Lebendgewichtspreis für das Pfund für einen Ochsen bester Qualität ungefähr 30 M. gekostet, heute 8000 Mark und noch mehr, so daß gegenwärtig

in der Aufwärtsbewegung der Lebensmittelpreise das Fleisch an erster Stelle marschiert.

Daß bei der heutigen Organisation der Fleischversorgung Bayerns und dem, gelinde gesagt, sehr passiven Verhalten unserer verantwortlichen Stellen gegen Auswüchse im Viehhandel, an eine Besserung der heutigen unhaltbaren Verhältnisse nicht nur nicht zu denken ist, sondern

wir mit Riesenschritten unserem wirtschaftlichen Zusammenbruch entgegeneilen,

haben gerade in den letzten Wochen die Preissteigerungen auf den Schlachtviehmärkten mit einer Deutlichkeit gezeigt, welche jeden, der es mit dem Wohle unseres deutschen Vaterlandes ehrlich meint, nachgerade mit Schaudern und Entsetzen erfüllen muß. Wo soll das hinführen, wenn jede Woche eine Fleischpreissteigerung von 500 bis 800 M. pro Pfund und noch mehr bringt, also für eine Ware,

welche im eigenen Lande erzeugt wird, daher von der Valuta eigentlich gänzlich unabhängig ist, und auf Märkten gekauft wird, welche mitten im Erzeugergebiet gelegen sind.

Und wer trägt die Hauptschuld an diesen unerfreulichen Zuständen? — Man bleibe uns mit der abgedroschenen, fadenscheinigen Ausrede ferne, die man bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit gerne zur Hand hat, daß das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage der einzig richtige Preisregulator sei, und Erzeuger- bzw. Bezugsgebiet hiebei keine oder nur eine ganz unbedeutende Rolle spielen.

Ist es nicht widersinnig, wenn dem Produzentenstaat Bayern zugemutet wird,

mit überseeischem Gefrierfleisch vorlieb zu nehmen und dafür seine eigenen Vieherzeugnisse nach dem Norden zu liefern, von woher das Gefrierfleisch bezogen werden muß und dadurch mit nachgerade exorbitanten Frachtkosten die Gestehungspreise zu verteuern?

Bei aller Bundestreue und Hochhaltung des Einheitsgedankens glauben wir denn doch, daß an Erzeugnisse des eigenen Landes nach den Grundsätzen von Treu und Glauben im Geschäftsverkehr in erster Linie die bodenständige Bevölkerung des betreffenden Landes Anspruch besitzt und nur der Überschuß denen zugute kommen soll, welche dessen bedürfen.

Als der Hauptschmarotzer am Wirtschaftskörper unserer Fleischversorgung muß aber die Art und Weise bezeichnet werden, mit welcher unsere Staatsregierung nach dem Zusammenbruch der Zwangswirtschaft in der Fleischversorgung darangegangen ist, das Problem des Viehhandels zu lösen.

Über 10 000 behördlich zugelassene Viehhändler, die außerdem noch zahlreich vorhandenen sog. wilden Händler nicht mit inbegriffen — in Bayern allein, also auf je 600 Menschen ein Viehhändler, ist eine Zahl, welche allein schon den verantwortlichen Stellen zu denken geben sollte.

Dazu kommen außerdem noch die zahlreichen landwirtschaftlichen Viehverwertungsgenossenschaften, oder wie diese Korporationen, welche sich ebenfalls mit Viehhandel beschäftigen, alle heißen mögen. Und jeder dieser Viehhändler will leben, und ein großer Teil derselben lebt auch gar nicht schlecht. Sogar auf den Viehmärkten können es manche derselben nicht unterlassen, nebenher auch Brillanten- oder sonstigen Juwelenhandel zu betreiben, oder auf andere Weise zu zeigen, daß ihre Brieftaschen mit Scheinen reichlich gespickt sind.

Ist es unter solchen Umständen noch ein Wunder, wenn die Bauern auf dem Lande immer lautere Beschwerden darüber führen, daß die Türklinken ihrer Anwesen gar nicht mehr erkalten, weil sie von einem Viehhändler nach dem anderen ergriffen werden? Was von unseren bayerischen Viehhändlern übersehen wird, besorgen dann die unser Land ebenso zahlreich überflutenden außerbayerischen Händler. Und wer hat für die Unsummen aufzukommen, welche erforderlich sind, die mehr oder minder großen Bäuchlein dieser Viehhändler instandzuhalten bzw. noch weiter auszustopfen? Wohl niemand anderer, als die Konsumenten, indem sie hiefür die entsprechend höheren Fleischpreise bezahlen müssen.

Mit diesen Ausführungen soll aber keineswegs gleichsam das Kind mit dem Bade ausgeschüttet und auch der eingesessene reelle Viehhändler angegriffen werden. Derselbe wirkt keineswegs preisverteuernd und ist heute ebenso notwendig, wie er es früher war.

Außerdem ist der eingesessene Viehhändler schon zur Erhaltung seiner Existenz von dem ständigen Bestreben beseelt, sein Betriebskapital möglichst rasch und auch möglichst oft, also auch dann umzusetzen, wenn er mit vorübergehenden Verlusten arbeiten muß. Er ist also der nachhaltigste Belieferer der Märkte in den Städten und damit auch der zuverlässigste Fleischversorger der städtischen Bevölkerung.

Im übrigen beklagen die derzeitigen Auswüchse im Viehhandel in Bayern niemand mehr als die alteingesessenen Viehhändler selbst. Dieselben erklären rundweg,

daß der dritte, sogar der vierte Teil der heute zugelassenen Händler vollauf genügen würde, daß aber gerade durch die Art und Weise, wie die Konzessionierung durchgeführt wird, die außerordentlich starke Beriudung des Viehhandels eintreten mußte.

So kam es, daß sich zahlreiche unsaubere Elemente einschlichen, die durch betrügerische Manipulationen aller Art das zu ersetzen suchen, was ihnen an Fachkenntnis fehlt. Und just diese Leute sollen auf den Viehmärkten die größten Preistreiber sein!

Die Fleisch-Überwachungskommission

Mehr noch als alle übrigen Lebensmittel steigt das Fleisch im Preis. Für Kalbfleisch werden jetzt im Stall schon 10 000 M. für das Pfund verlangt. Kein Wunder also, wenn St.-R. Würz, als Kenner der Verhältnisse, in der Sitzung des Kommunalverbandsausschusses erklärte, in den letzten Tage seien

auf dem Viehmarkt die Preise „über alle Maßen und gingen über alle Gestehungskosten hinaus". St.R. Würz zeigte aber auch an Hand von Zahlenmaterial die preisverteuernde Wirkung der übermäßig hohen Frachttarife der Eisenbahn auf, die derart seien, daß das Reichsverkehrsministerium zunächst vor das Wuchergericht gehöre.

Da also im Zusammenhalt mit den übrigen traurigen Begleiterscheinungen der neuen „Teuerungswelle" alle Voraussetzungen gegeben sind, daß die Verbraucherwelt doch einmal ungemütlich werden könnte, sah man sich im Stadtrat veranlaßt, mit einer schönen Geste der gärenden Volksstimmung entgegenzukommen. Diese Geste besteht darin, daß auf Antrag des St.-R. Preis, einer Entschließung des Ministeriums des Innern entsprechend, eine Überwachungskommission für den Verkehr mit Vieh, Fleisch und Fleischwaren gebildet wird, bestehend aus je einem Vertreter des Stadtrats, der Viehhändler, der Viehkommissionäre, des Metzgergewerbes, der Landesbauernkammer und der Verbraucherschaft.

Was praktisch von dieser Kommission zu erhoffen sein wird, brachte der Schlachthofdirektor Opel unzweideutig zum Ausdruck, wenn er meinte, auch diese Kommission werde nicht in der Lage sein, eine wirksame Preiskontrolle durchzuführen. Stadtrat Thierauf faßte, mit Recht, die Volksstimmung dahin zusammen:

„Die sitzen den ganzen Tag im Rathaus drin und bringen alle miteinander nix fertig. Am besten ist es, wir werfen sie alle miteinander heraus!" Und — sie hätten nicht einmal unrecht.

Schließlich kam man im Kommunalverbandsausschuß noch überein, mit Rücksicht auf den kommenden Fremdenzufluß nach München an die Fleischversorgungsstelle heranzutreten wegen einer Vorzugsbelieferung Münchens. Ferner soll das Landwirtschaftsministerium ersucht werden, angesichts des bestehenden Notstandes in der Fleischversorgung Münchens bei der Reichsregierung zum wiederholten Mal den sog. Marktzwang zu beantragen.

Werbt für den „Völk. Beobachter"

Münchener Beobachter

Das Wetter

Es gilt zwar nicht als geistreich, sich über das Wetter zu unterhalten. Da ich mir aber noch nie eingebildet habe, geistreich zu sein, kann ich's ja wagen. Ich rede zudem dabei nicht von ungefähr daher, sondern habe dazu, wie mir jeder beipflichten wird, reichlichen Anlaß. Deswegen nämlich, weil das Wetter heuer tatsächlich ein „Skandal" ist. (Vor Beleidigungsklagen bin ich diesfalls glücklicherweise geschützt. Wenigstens ist mir noch kein Fall bekannt geworden, in dem der hl. Petrus gegen einen klagbar geworden wäre.)

Es ist ein Hohn auf die mitteleuropäische Menschheit, ihr die paar Sommermonate, die ihr vergönnt sind, auch noch zu verpatzen. Den Mai hat's uns verregnet, und im Juni kommt man aus dem Überzieher nimmer raus. Wir rüsten bereits zu den Sonnwendfeiern, d. h. also, der längste Tag steht vor der Tür. Dann geht es wieder, wie der Volksmund sagt, „abwärts". An das Abwärtsgehen sind wir Deutschen zwar jetzt seit Jahr und Tag gewöhnt, was uns aber nicht hindern kann, in diesem Punkt unser Mißfallen zum Ausdruck zu bringen.

Immerhin, diese leidige Geschichte hat auch ihr Erheiterndes. Dafür sorgen die Wetterkundigen oder, wie sie sich heutzutage, um ihren wissenschaftlichen Charakter darzutun, nennen: die Meteorologen. Auch sie haben den Eindruck, daß heuer das Wetter vieles zu wünschen übrig läßt. Sie zerbrechen sich deshalb über den ursächlichen Zusammenhang dieser Erscheinung die Köpfe und kommen dabei auf die absonderlichsten Einfälle. Diese Einfälle gibt man dann in den Zeitungen der Öffentlichkeit zum besten, wahrscheinlich deshalb, damit sie ein Bild bekomme von dem „gegenwärtigen Stand der Wissenschaft". Dieser Stand ist aber offenbar ein sehr wackeliger, denn jeder dieser Wettergelehrten sagt was anderes. Der altehrwürdige Hundertjährige Kalender hat, mit Verlaub sei es gesagt, seine Sache auch nicht schlechter gemacht.

Das Wetter aber kümmert sich um diese meteorologischen Meditationen einen Pfifferling. Und wir Leidtragenden lesen im Morgenblatt, weil man heutzutage doch über alles unterrichtet sein muß, den neuesten Einfall eines professoralen Wetterkundigen, schauen zum Fenster hinaus, ärgern uns und greifen nach dem Regenschirm oder Überzieher! Ra.

Wetterlage

Allgemeine Übersicht. Auf der Rückseite der über das Ostseegebiet abziehenden Depression fluten wieder polare Luftmassen nach dem Kontinent herein, so daß mit einem weiteren Temperaturrückgang gerechnet werden muß. Eine neue, heute vor Island erschienene Depression wird eine Wiederholung des Witterungsablaufes der letzten Tage bringen.

Wettervorhersage für Freitag, den 15. Juni: **Beendigung der Niederschläge zunächst in der Pfalz und Nordbayern, Freitag auch in Südbayern. Kühle nordwestliche Winde anhaltend.**

Ehrung der Gefallenen des 11. Stadtbezirks. Am letzten Sonntag wurde in der Maximilianskirche die Gedächtnistafel für die 680 Gefallenen des 11. Stadtbezirks eingeweiht. Zahlreiche Häuser waren in unseren Reichs- und Landesfarben schwarzweißrot und weißblau beflaggt. Auch sonst bezeugte die Bevölkerung durch zahlreiche Anteilnahme an der Feier, daß die Toten des Weltkrieges nicht vergessen sind. Gegen 11 Uhr bewegte sich ein langer Zug der Krieger- und Veteranenvereine zur Kirche. Besonders fiel eine stramme, militärische Abteilung, die dem Zuge voranschritt, auf. Der vaterländisch gesinnte Teil der Jugend des 11. Stadtbezirks hatte es sich nicht nehmen lassen, den Gefallenen durch Aufstellen von Ehrenposten am Hochaltar und vor der Gedenktafel die Ehre zu erweisen. Nach der Feldmesse hielt der ehemalige Divisionsgeistliche Stadtpfarrer Stadler eine ergreifende Predigt. Stadtpfarrer Fichtner vollzog die kirchliche Weihe der Gedächtnistafel. Mit gesenkten Fahnen defilierten darauf die Vereine vor dem Wahrzeichen deutschen Heldentums.

Zimmervermietung während der heurigen Reisezeit. Zur Unterbringung derjenigen Fremden, die in Gasthöfen und Fremdenheimen infolge Überfüllung nicht unterkommen können, wird auch heuer wie im Vorjahre eine Sonderregelung dahin getroffen, daß einer beschränkten Anzahl persönlich einwandfreier Wohnungsinhaber die Bewilligung zur Beherbergung von Fremden zu vorübergehenden Aufenthalt an Stelle der sonst vorgeschriebenen Konzession erteilt werden kann. Die Bewilligung erstreckt sich nur bis 1. Oktober 1923, ist jederzeit widerruflich und an verschiedene polizeiliche und steuerliche Bedingungen geknüpft. Zimmeranmeldungen werden ab Dienstag, den 12. Juni 1923, im städt. Gewerbeamt, Neuhauser Straße 53, 1. Eingang an der Ettstraße, Zimmer 163/I, Montag mit Freitag von 8—2 Uhr, Samstag von 8—12 Uhr, entgegengenommen. Bei der Anmeldung ist ein Personenausweis mitzubringen und die Bewilligungsgebühr von 5000 M. für ein Bett und von je 2000 M. für jedes weitere Bett im voraus zu entrichten. Es sollen nur solche Zimmer angemeldet werden, die vom Stadtinnern nicht zu weit entlegen sind und den Begriffen der deutschen Gastlichkeit entsprechen. Der Fremdenverkehrsverein wird nur solchen Personen Fremde zuweisen, die die Bewilligung besitzen. Wer ohne Bewilligung Zimmer an Passanten vermietet, wird an Geld bis zu 300 000 M. bestraft.

Wegschaffen der auf öffentlichen Straßen und Plätzen verunglückten Tiere. Ein Vorfall aus jüngster Zeit gibt dem Stadtrat Veranlassung, die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, daß das Wegschaffen der auf öffentlichen Straßen und Plätzen verunglückten Tiere nicht Aufgabe der Stadtverwaltung, auch nicht der städt. Feuerwehr ist. Wenn auch früher die Feuerwehr derartigen Aufgaben sich unterzog, so gebietet es doch die heutige Finanzlage der Städte, daß die Stadtverwaltungen nur solche Aufgaben ausführen, die zu ihren gesetzlichen Obliegenheiten gehören. Das Wegschaffen der auf öffentlichen Straßen und Plätzen verunglückten Tiere ist jedoch Aufgabe der Verkehrspolizei, d. i. der Polizeidirektion. Dem Vernehmen nach hat die Polizeidirektion hierwegen einen Bericht an

---

Oliver Twist

Roman von Charles Dickens.

Das kleine Zimmer, in welchem er seine Aufgaben auszuarbeiten pflegte, befand sich hinten hinaus zu ebener Erde. Es war ein Landhausstübchen mit einem Gitterfenster, von Jasmin und Geisblatt umrankt, die das Gemach mit ihren köstlichen Düften erfüllten. Man hatte von da die Aussicht in den Garten, aus welchem ein Pförtchen nach einem eingehegten Grasplatz führte; alles jenseits war schönes Wiesenland und Buschwerk. Es stand kein anderes Gebäude in dieser Richtung, und so konnte man ziemlich weit herumsehen.

An einem schönen Abende, als die ersten Schatten des Zwielichts auf die Erde zu fallen begannen, saß Oliver, emsig mit einem Buche beschäftigt, an diesem Fenster. Er hatte eine Weile fleißig gelesen, und da der Tag ungewöhnlich schwül gewesen war und der Knabe sich ziemlich angestrengt hatte, so darf es niemand Wunder nehmen, daß er allmählich einschlummerte.

Hin und wieder beschleicht uns eine Art Schlummer, der, wenn er gleich den Leib gefangen hält, der Seele die Empfindung für die Außenwelt nicht benimmt, und dem Geiste zum freien Umherschweifen Raum gibt. Sofern eine nicht zu bewältigende Schwere, ein Darniederliegen der Kräfte und eine gänzliche Unfähigkeit, die Gedanken oder Bewegungen zu beherrschen, Schlaf genannt werden kann, so ist dieser Zustand Schlaf; und doch sind wir alles dessen, was um uns vorgeht, bewußt, und selbst wenn wir träumen, schmiegen sich Worte, die wirklich gesprochen werden, oder Töne, die sich im Augenblick kund geben, mit überraschender Fügsamkein unseren Gesichten an, bis sich Wirklichkeit und Traumleben so seltsam miteinander vermischen, daß es nachher fast unmöglich wird, beide wieder zu trennen. Dies ist aber nicht die auffallendste Erscheinung in einem derartigen Zustande. Erwiesenermaßen übt, wenn auch der Sinn des Gefühls und des Gesichts für den Augenblick tot ist, die bloß stumme Anwesenheit irgendeines äußeren Gegenstandes, der bei unserem Einschlummern nicht nahe gewesen zu sein braucht, oder von dessen Nähe wir kein bestimmtes Bewußtsein haben, einen Einfluß, und zwar einen wesentlichen Einfluß, auf die Gedanken und Traumbilder, die im Schlafe an uns vorüberziehen.

Oliver wußte recht gut, daß er sich in seinem eigenen, kleinen Zimmer befand, daß seine Bücher vor ihm auf dem Tisch lagen, und daß die sanfte Abendluft die das Fenster umrankenden Gewächse durchsäusle — und doch schlief er. Da änderte sich plötzlich die Szene, die Luft wurde schwül und drückend, und er glaubte mit Angst und Schrecken, wieder in dem Hause des Juden zu sein. Dort saß der abscheuliche Alte in seiner gewohnten Ecke, deutete nach ihm hin und besprach sich leise mit einem anderen Mann, der mit abgewandtem Gesichte sich auf einem nebenstehenden Stuhle befand.

„Bst, Freundchen," glaubte er den Juden sagen zu hören, „er ist es, gewiß und wahrhaftig! Gehen wir weiter."

„Glaubt Ihr, ich könne mich in ihm täuschen?" schien der andere zu antworten. „Wenn eine Legion von Teufeln seine Gestalt annähme, und er stände mitten unter ihnen, so würde ihn mein inneres Gefühl schnell ausfindig machen. Verscharrt ihn fünfzig Fuß tief und führt mich über sein Grab, ich würde es wissen, daß er hier läge, wenn die Stelle auch durch kein Merkzeichen angedeutet wäre. Möge sein Fleisch verdorren — gewiß er würde diesen Eindruck auf mich üben."

Der Mann schien diese Worte mit so fürchterlichem Hasse auszustoßen, daß Oliver entsetzt auffuhr und erwachte.

Guter Gott! was trieb ihm da auf einmal das Blut prickelnd zum Herzen und raubte im Stimme und Bewegung? Dort — dort — an dem Fenster — dicht vor demselben — so dicht, daß er ihn fast hätte berühren können, ehe er zurückfuhr — mit den durchbohrenden Blicken in das Zimmer sehend und den seinigen begegnend — dort stand der Jude! Und ihm zur Seite, blaß vor Wut oder Furcht, oder vielleicht beidem, zeigten sich die wilden Züge desselben Mannes, den er im Wirtshaushofe getroffen hatte.

Es war nur ein Moment, ein Blitz vor seinen Augen — und sie waren verschwunden. Aber er hatte sie und sie ihn erkannt, und ihre Umrisse blieben so fest in seinem Gedächtnis eingeprägt, als ob sie in Stein ausgehauen von seiner frühesten Jugend an stets vor seinen Augen geschwebt hätten. Er stand einen Augenblick wie vom Blitze getroffen da, dann sprang er durch das Fenster in den Garten und rief laut um Hilfe.

Vierunddreißigstes Kapitel.

Als die Bewohner des Hauses auf Olivers Rufen herbeieilten, fanden sie ihn, wie er bleich und entsetzt nach dem Wiesengrund hinter dem Hause hindeutete, und kaum fähig war, die Worte hervorzubringen: „Der Jude — der Jude!"

Herr Giles konnte sich nicht erklären, was dieser Ausdruck bedeuten solle; aber Heinrich Maylie, dessen Fassungskraft etwas schneller war, und der obendrein Olivers Geschichte von seiner Mutter gehört hatte, verstand ihn sogleich.

„Welche Richtung hat er eingeschlagen?" fragte er, einen tüchtigen Knüttel aufnehmend, der zufällig in der Nähe lag.

„Dorthin", antwortete Oliver, den Weg andeutend, den die Männer genommen hatten. „Ich habe sie den Augenblick erst aus dem Gesichte verloren."

„Dann sind sie in dem Graben," erwiderte Heinrich. „Folgt mir, und haltet euch in meiner Nähe."

Mit diesen Worten sprang er über die Hecke und schoß mit einer solchen Eile dahin, daß es allerdings eine sehr schwierige Aufgabe für die andern wurde, sich ihm nahe zu halten.

Giles und Oliver folgten ihm, so schnell sie konnten, und nach einigen Minuten setzte Herr Losberne, der eben von einem Spaziergang zurückgekehrt war — freilich etwas ungeschickt — gleichfalls über die Hecke, raffte sich aber schneller, als man wohl von ihm erwartet hätte, wieder auf, stürmte den übrigen in nicht zu verachtender Eile nach und schrie dabei aus Leibeskräften, was es denn gebe.

So gings fort, und sie hielten nicht einmal an, um Atem zu holen, bis der Führer, um eine von Oliver angedeutete Feldecke biegend, den Graben und die angrenzende Hecke aufs genaueste zu untersuchen begann, wodurch die übrigen Zeit erhielten, nachzukommen, und auch Oliver Gelegenheit gewann, Herrn Losberne die Veranlassung dieser hitzigen Jagd mitzuteilen.

Aber alles Suchen war vergeblich. Nicht einmal frische Fußspuren ließen sich entdecken. Sie standen nun auf der Höhe eines kleinen Hügels, von wo aus sie das offene Feld ringsum auf drei oder vier Meilen übersehen konnten. Links im Tale lag das Dorf; wenn die Männer aber auf dem von Oliver angedeuteten Wege dahin gelangen wollten, so mußten sie einen Umweg im Freien machen, was in einer so kurzen Zeit nicht tunlich gewesen wäre. In einer andern Richtung säumte dichter Wald die Matten; aber aus dem gleichen Grunde konnten sie diesen Schirm noch nicht erreicht haben.

„Es muß dir geträumt haben, Oliver", sagte Heinrich Maylie, ihn beiseite nehmend.

„O nein, gewiß nicht Sir", versetzte Oliver, den es schon bei der Rückerinnerung an die Züge des alten Bösewichts kalt überlief; „ich habe ihn zu deutlich gesehen — beide standen so deutlich vor mir, als ich Sie jetzt sehe."

„Wer war der andere?" fragte Heinrich und Herr Losberne zu gleicher Zeit.

„Derselbe Mann, der mich, wie ich Ihnen erzählte, im Wirtshause so ungestüm anließ", antwortete Oliver. „Wir sahen uns gegenseitig fest an, und ich könnte darauf schwören, daß er es war." (Forts. folgt.)

das zuständige Ministerium erstattet, eine Entscheidung ist jedoch von dort noch nicht eingetroffen.

Die **Ausländische Studentenhilfe** für die Münchener Hochschulen, die ihre Mittel hauptsächlich aus freiwilligen Monatsbeiträgen der ausländischen Studenten, die an den Münchener Hochschulen immatrikuliert sind, erhält, konnte für den Monat Juni folgende Geldmittel zur Verfügung stellen: 1. Dem Verein Studentenhaus: a) für verbilligtes Essen 5 Mill. M., b) für Zusatznahrung für gesundheitsgefährdete Studenten 3 Mill. Mark. 2. Den Rektoraten für direkte Unterstützung notleidender Studenten 3 Mill. Mark. Seit dem Bestehen der Ausländischen Studentenhilfe (Mitte Januar 1923) konnte sie insgesamt 30 Millionen Mark für diesen Zweck zur Verfügung stellen. Ausländer, die in München wohnhaft sind und ausländische Studenten werden freundlichst gebeten, sich mit der Hilfe in Verbindung zu setzen. Sprechstunde wochentäglich von 11—1 Uhr im Hörsaal 112 der Universität Ludwigstr. 17.

Triumph eines deutschen Fliegers. Franz Kneer, der bekannte Pilot der Trans-Europa-Union, ist für einige Zeit im Flugverkehr der neueröffneten Strecke **Moskau—Tiflis** eingesetzt. Kneer ist von Berlin bis Moskau geflogen und hat die Strecke Königsberg—Moskau in 8 Stunden 10 Min. bewältigt. Der Pilot sendet über seinen Flug einen interessanten Bericht, dem wir folgendes entnehmen: „Soweit ich Gelegenheit hatte, bei dem Flug die Gegend zu betrachten, sah ich, daß das Land tief unter mir wenig bebaut ist, auf weiten Strecken tummelten sich in voller Freiheit Pferde und Kühe. Selten erblickte ich, wie es bei den Flügen in Deutschland der Fall ist, freundliche Dörfer und Städtchen, hin und wieder nur tauchten Stroh- und Holzhäuser auf. Die Aufnahme in Moskau war wider Erwarten herzlich und zuvorkommend. Was das Herz nur begehrt, wird dem Piloten erfüllt. Man hat mir Wohnung im Palast eines früheren Petroleumkönigs angewiesen. Soeben marschieren fünf Regimenter roter Infanterie mit Musik in die Stadt, in den Lüften von einem Geschwader von Jagdflugzeugen begleitet. Entgegen den über Moskau verbreiteten Nachrichten, habe ich durch Augenschein festgestellt, daß Eisenbahn und Straßenbahn gut sind. Das Moskauer Pflaster aber ist das Gegenteil von gut. Die modernsten amerikanischen Autos mit 12 Zylinder sausen durch die Stadt. Die bekanntesten Automobilmarken der ganzen Welt sind vertreten. Auch Flugzeuge aller Herren Länder schwirren über den Sitz der Sowjetmacht. Nur kurz ist mein Aufenthalt in Moskau, morgen geht es weiter über Charkow nach Rostow und von Rostow über Noworossijsk und Batum bis nach Tiflis. Und von dort vielleicht — ich weiß es noch nicht genau, habe aber etwas munkeln hören — über Täbris nach Teheran. — Ich bin zuversichtlich und siegesgewiß, denn mein Junkers-Vogel wird es schaffen.

Selbstmordversuch eines Erwerbsunfähigen. Am Dienstagabend gegen halb 9 Uhr versuchte ein 46jähriger erwerbsloser Hilfsarbeiter, früherer Bergmann, der seit Jahren an Epilepsie leidet, sich vor den Augen seiner Frau und eines seiner vier Kinder bei der Lukaskirche in die Isar zu stürzen. Der Lebensmüde, der sich aus Not das Leben nehmen wollte, wurde im letzten Augenblick von unserem Parteigenossen A. Schuster der 17. Hundertschaft zurückgehalten und durch gütliches Zureden von seinem Vorhaben abgebracht. Unser Pg. führte den verzweifelten armen Menschen in dessen Wohnung in der Gammelsdorferstraße und übergab ihm, nachdem er sich von der ungeheuren Not der Familie überzeugt hatte, als vorläufige Spende 10 000 M., wofür ihm herzlicher Dank zuteil wurde. Der Mann erhält keine Erwerbslosenunterstützung, da er erwerbsunfähig und somit auf die Armenpflege angewiesen ist, von deren Unterstützung die Familie nicht leben kann. Infolge Nahrungsmangels ist der Mann fast zum Skelett abgemagert. Wohltätern ist hier Gelegenheit gegeben, ihre Nächstenliebe zu bekunden. Die Anschrift der Familie ist auf der Schriftleitung zu erfahren. Hilfe ist um so mehr am Platze, als der Mann trotz allen Elends sein Deutschtum und seinen Glauben bewahrt hat. Eine von unserem Parteigenossen bei seinen Kollegen veranstaltete Sammlung ergab 25 000 M., die der Familie zur weiteren Linderung der Not übergeben wurden.

Diebstähle. Aus einem Bäckerladen in Kochel entwendete ein Bettler außer Schmucksachen ein Scheckbuch Nr. 11 150 des Bankhauses Zolar, Kochel, Fil. Seeshaupt, und treibt damit, Anton Fink unterzeichnend, Scheckbetrug. Der Betrüger ist 25—30 Jahre alt, mittelgroß, hat volles, bartloses Gesicht, rote Bartstoppeln. — In Fischhausen wurde aus einem Hotel für eine Million Mark Wäsche, gez. A. F.; A. Z.; B. Adele, Finsterlin, gestohlen. — In einem Gasthof in der Sendlinger Straße wurde für eine halbe Million Bettwäsche, aus einem Hofraum in der Joseph-Spital-Straße eine kupferne, vier Meter lange Dachrinne, Wert eine halbe Million Mark, gestohlen.

Kleine Chronik. Der bei Icking am Dienstag plötzlich verschiedene Holzfahrer ist der 47 Jahre alte ehem. Schneider Max Seidl aus München. — Am Mittwoch wurde der mit seinem Handkarren fahrende 73 Jahre alte ehem. Schmiedmeister Johann Schultheis aus eigenem Verschulden von der Straßenbahn überfahren und so schwer verletzt, daß er starb. — In der Mühle in Haar riß von einem Aufzug der Gurt, als eben der 55 Jahre alte Mühlenbesitzer Johann Knoller vom zweiten Stockwerk damit abwärts fahren wollte. Der Aufzug sauste in die Tiefe. Knoller wurde so verletzt, daß er starb. — Durch unvorsichtiges Hantieren mit einem Revolver brachte sich am Mittwoch in der Karlstraße eine 20 Jahre alte Professorstochter eine schwere Lungenschußverwundung bei.

Wanderzunft. Mittwoch, 20. Juni, Nestabend. Sonnabend, 23. Juni, Fahrt zum Landheim der W.Z. Augsburg. Teilnehmer melden sich bis Mittwoch, 20. d. M., abends 9 Uhr, beim Zunftmeister.

Der Verein für Naturkunde in München teilt mit: Am Sonntag, den 17. Juni, findet ein Ausflug nach Planegg statt mit Erläuterungen von Dr. Dingler über forstschädliche Insekten usw. Abfahrt 7 Uhr 25 Min. Starnberger Bahnhof.

Die Kleinkunstbühne Wien-München, welche der artistischen Leitung des Direktors Wendtland untersteht, verschrieb sich für Juni nur erste Kräfte. Beginnen wir gleich mit dem Gastspiel von Franz Bott. Als Ansager wie als Vortragsmeister gleich vortrefflich. Der Tanz kommt reichlich zur Geltung; die Namen Juli Krempel, Wanda v. Wolzogen, zwei Barleys und zuletzt der Tanzkomiker Hans Kalisch sprechen für sich. Eine tüchtige Sängerin mit schöner Stimme ist Elsa Masow-Schulisch. Einen großen Erfolg hatte auch der Münchner Humorist Ernst Kubasch mit selbstverfaßten Vorträgen. Seine aktuelle Dichtung von einem Deutschen, der im besetzten Ruhrgebiet die französische Fahne nicht grüßen will, rief starken Beifall hervor und veranlaßte eine Sammlung für die Ruhrspende, welche die schöne Summe von 213 585 M. und 26 200 österr. Kr. erbrachte.

*

Bestattungen

am 15. Juni:

Südfriedhof: Sebastian Teufratshofer, Zimmermann, 68 J., k. n. Stöttwang. — Joh. Kaindl, Schreinermeister, 69 J. 7 Mt., 3¼ Uhr.

Ostfriedhof: Franz Herberger, Rittmeister a. D., 78 J., 3 Uhr. — Xaver Lamprecht, pens. städt. Hilfsarbeiter, 71 J., 2¾ Uhr. — Franziska Aneser, Maurerswitwe, 74 J., 2¼ Uhr. — Babette Urban, Konditorsgattin, 55 J., 2¼ Uhr. — Franziska Arnold, Stationsgehilfensgattin, 38 J., 2 Uhr. — Anna Kießling, Privatiere, 68 J., 2½ Uhr. — Joseph Fend, Brauereihilfsarbeiter, 69 J., 2½ Uhr.

Nordfriedhof (Schwabg.): Jos. Hänle, Holzhacker, 76 J., 2½ Uhr. — Gerda Staudt, Verlagsdirektorskind, 3 Tage, 2¼ Uhr.

Sendlinger Friedhof: Ludwig Schön, Metzgermeister, 45 J. 4 Uhr.

Westfriedhof (Moosach): Therese Bieber, Rohproduktenhändlersgattin, 46 J., 3¾ Uhr. — Ant. Bäumler, Amtsgerichtssekretärssohn, 14 J., 4¼ Uhr.

Waldfriedhof (Holzapfelkreut): Thomas Hasler, Schuhmacher, 76 J., 2 Uhr. — Friedrich Schuster, Zimmermann, 75 J., 2½ Uhr. — Viktoria Schuck, Hilfsmaschinistenswitwe, 72 J., 2¾ Uhr.

*

Aufruf!

Schriftliche Anmeldungen von möglichst militärisch vorgebildeten Parteigenossen zum

„STOSSTRUPP HITLER"

der mit Genehmigung unseres Führers Adolf Hitler auf Befehl des Kommandeurs der S.A. aufgestellt werden soll, werden täglich Schellingstr. 39/I (O.K.) angenommen.

Bayern

Der Etat des Innern beendet

München, 14. Juni.

In der heutigen Vollsitzung des Landtages wurde die Beratung des Etats des Innern beendet. Es kam noch eine ganze Reihe von Rednern, hauptsächlich aus der Bayer. Volkspartei, zum Wort, wobei u. a. auch über eine willkürliche Strompreispolitik der Elektrizitätswerke geklagt wurde.

Auch der Minister des Innern Dr. Schweyer nahm nochmals das Wort und stellte dabei den Sozialdemokraten gegenüber fest, daß die Richtlinien der Regierung klar und eindeutig seien und vom bayerischen Volke offensichtlich gebilligt würden. Es könne auch gar keine Rede davon sein, daß untergeordnete Behörden der Regierung die Gefolgschaft verweigern oder daß ein Teil der Behörden im Hitlergeist erzogen sei.

Über die **Vaterländischen Verbände sagte der Minister noch, daß die Regierung für deren Mitwirkung beim inneren Wiederaufbau dankbar sei.**

Seinem Bericht über den Vorgang in Feucht hielt der Minister auch heute aufrecht. Dem Wunsche, daß künftig bei der Beanspruchung der Notpolizei die Mitwirkung der Mittelschüler weggelassen werden soll, sei bereits Rechnung getragen worden.

Weiter sprach noch der Chef der Staatsbauverwaltung Staatsrat Dr. Riegel, der auf die Strompreisklagen erwiderte, daß nach der erfolgten Überprüfung die bisher geforderten Strompreise durchaus nicht ungewöhnlich waren, vielmehr für den wirtschaftlichen Stand der Werke notwendig waren. Die Prüfung werde dauernd weitergeführt, und es sei unberechtigt, der Regierung vorzuwerfen, daß sie sich zugunsten der Elektrizitätswerke gegen die Stromverbraucher einstelle. Die Stromabnehmer, die sich übervorteilt glauben, könnten einen schiedsgerichtlichen Spruch herbeiführen. — Der Etat wurde schließlich genehmigt.

Zur Verjudung der Münchener Universität

Wir erhalten eine Abschrift folgender Eingabe:

An das
Bayerische Staatsministerium
für Unterricht und Kultus
München.

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat zur Besetzung des freien Lehrstuhls für Ägyptologie an der Universität München einen Ruf an Herrn Professor Dr. Wilhelm Spiegelberg (Heidelberg) ergehen lassen.

Die Vertretung der Völkischen Finkenschaft im Allgemeinen Studentenausschuß der Universität München legt gegen diese Berufung Verwahrung ein, nicht um zu der wissenschaftlichen Eignung des Herrn Professors für diesen Lehrstuhl Stellung zu nehmen — eine solche Einstellung lehnt die Völkische Finkenschaft als Studierenden nicht geziemend ab —, sondern als lebendiges Glied der Universität München fühlt sie sich verpflichtet, für die Deutscherhaltung der Landes-Universität einzutreten.

Sollte es dem Kultusministerium unbekannt sein, daß das jüdische Volk weit über dem seinem Bevölkerungsanteil entsprechenden Maß Professuren der Münchener Universität mit Beschlag belegt hat, sollte es dem Kultusministerium unbekannt sein, welcher Gefahr es die deutsch-akademische Jugend aussetzt, wenn es Geistesgüter Angehörigen eines fremden Volkes zur Verwaltung ausliefert, sollte es dem Kultusministerium unbekannt sein, daß die Vertretung dieses Volkes in Deutschland der „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" offen den Kampf gegen die „Deutsche Studentenschaft" führt?

Die Völkische Finkenschaft erwartet vom Kultusministerium eine erneute Beschlußfassung über die Berufung des Herrn Professors; denn sie sieht in dem Zwang, zu Füßen eines Fremden sitzend zu lernen, nicht die Möglichkeit gegeben, sich für Deutschlands Zukunftsaufgaben so zu rüsten, wie sie es von ihren Angehörigen als ihre Pflicht erachtet.

Das Schreiben geht in Abschrift dem Rektorat der Ludwig-Maximilians-Universität München, sowie Herrn Professor Dr. Spiegelberg, Heidelberg, zur Kenntnisnahme zu.

München, den 25. Mai 1923.

Die Völkische Finkenschaft:
Kersken,
Listenführer. Derzeitiger 2. Vors. des Allg. Studentenausschusses der Universität München.

*

Die Antwort bestand, wie wir hören, in der Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Kersken.

Briefkasten

Dr. H., K. Den Empfang von 25000 M. bestätigen wir dankend mit treudeutschem Gruß.
Nationalsoz. Deutsche Arbeiterpartei.

Hochverratsprozeß Fuchs-Machhaus

München, 14. Juni.

In der weiteren Zeugenvernehmung verbreitet sich

Schäfer

über innere Vorgänge im Blücherbund. Dem Zeugen sind schon zu Zeiten, als der Bund noch Treu Oberland hieß, Mitteilungen gemacht worden, Berger arbeite in verschiedenen Gegenden, organisatorisch selbständig, um einen Teil der Bundesmitglieder an sich zu fesseln. Schäfer hat den Berger dadurch zu gewinnen gesucht, daß er ihn als Leiter der Kreisstelle München bestellte. Mit Machhaus hat Berger rege verkehrt, er erklärte auch einmal, er werde einen eigenen Laden aufmachen — was Berger dahin gedeutet wissen will, er werde zu seinem Berufe zurückkehren — und er setzte den Verkehr mit Fuchs und Machhaus fort, obwohl er ausdrücklich vor diesen gewarnt worden war. Schäfer hatte den Eindruck, daß er in diesen Kreisen als nicht aktivistisch genug abgelehnt werde.

Der Zeuge bekundet weiter, auch Dr. Ruge habe auf größere Aktivität und auf die Schaffung einer überhitzten Atmosphäre hingearbeitet. Er erklärt, daß

von Anfang an im Blücherbund dafür Sorge getragen wurde, keine antideutschen oder separatistischen Ziele aufkommen zu lassen.

Ob Berger tatsächlich eine deutschfeindliche Aktion mitgemacht hätte, steht für den Zeugen nicht fest. Die von dem Zeugen hinausgegebenen Befehle hatten, auch wenn sie den Vermerk „Geheim" trugen, in keiner Weise den Zweck, die Umtriebe der Fuchs und Genossen irgendwie zu unterstützen. In diesen Zusammenhang fällt eine Abmachung, wonach das Wort Stiftungsfest bei der Hinausgabe an die Bundesortsgruppen einen Aufruf bedeuten sollte und die beigefügte Zahl den Tag, in dem sich die Mitglieder an den ihnen bekannten Sammelorten einfinden sollten. Der Zeuge entgegnet, daß diese Form des Aufrufes allerdings vereinbart wurde, daß aber der Aufruf niemals hinausgegeben worden sei.

Den Angeklagten Gutermann stellt Schäfer das Zeugnis aus, daß er ihnen eine deutschfeindliche Gesinnung oder gar Handlung nicht zutraue; sie seien politisch unerfahren, wenn auch militärisch geschulte Leute.

Von Machhaus und Fuchs hat Schäfer insgesamt 26 Millionen Mark erhalten; das Geld sei restlos zu Organisationszwecken verwendet worden. Fuchs teilt zu diesem Kapitel mit, die Gelder habe Machhaus in Händen gehabt, ein gewisser Dr. Bernhuber habe sie verwaltet, die Aufzeichnungen hierüber wurden vernichtet.

Schließlich äußert sich der Zeuge noch zu der Tatsache, daß für den Franzosen Richert eine Mitgliedskarte des Blücherbundes ausgestellt wurde. Nach den Statuten konnte nur jemand aufgenommen werden, der von zwei Mitgliedern empfohlen wurde. Berger konnte als Kreisleiter Mitgliedskarten ausstellen, aber nur auf die Empfehlung zweier Mitglieder hin.

Oberamtmann Frick

von der Polizeidirektion München erklärt, am 26. Februar habe ihn Fuchs in dringender Angelegenheit zu sprechen verlangt. In dem Gespräch, dem auch Machhaus beiwohnte, habe

Fuchs mit verblüffender Offenheit seine Pläne entwickelt. Fuchs erzählte, er habe aus bester französischer Quelle erfahren, daß Bayern von Berlin bereits verraten und verkauft, die Regierung Cuno nur noch eine bedeutungslose Figur sei, in deren Hintergrund bereits ein Ministerium Breitscheid stehe, das Rhein und Ruhr preisgeben werde. Auch die Industrie habe bereits Frieden mit der französischen Industrie geschlossen, Bayern könne sich die Pfalz nur erhalten, wenn es alsbald zu einer selbständigen Aktion schreite. Die Zeit dränge, sonst werde Bayern durch eine französische Besetzung der Mainlinie und ein gleichzeitiges tschechisches Vorgehen auf Regensburg abgeschnürt.

Fuchs erzählte weiter, alle aktivistischen Organisationen (Hitler, Ehrhardt, Blücher) ständen hinter ihm, auch der Kopf sei schon da, zu einem sofortigen Losschlagen sei alles bereit, seine Leute stünden bei Schleißheim und anderswo und könnten nicht lange mehr zurückgehalten werden. Heute schon — also am 26. — hätte der Putsch stattgefunden, wenn nicht Waffentransporte von der Grünen Polizei weggenommen worden wären. Der König bleibe vorläufig im Hintergrund, halte sich aber für ein aktives Vorgehen bereit.

Ein Krieg mit den Franzosen sei unmöglich, man werde im Einvernehmen mit Frankreich Frankfurt besetzen und dort gründlich aufräumen. Das Ruhrgebiet und Norddeutschland müßten sich selbst überlassen werden. Bayern bilde das Bollwerk gegen den Bolschewismus.

Bei dieser Gelegenheit fragte Fuchs den Zeugen, ob dieser nicht in dem Sinne auf die Polizei einwirken könne, daß Eingriffe wie die Wegnahme der Waffentransporte, unterblieben. Als der Zeuge Bedenken geltend machte und auf die Reichswehr hinwies, erwiderte Fuchs, mit dieser stehe man in engstem Einvernehmen, Möhl sei durchaus einverstanden und habe ihm zwei Offiziere zur Verfügung gestellt. Als der Zeuge seine Einwendungen und Warnungen wiederholte und den Fuchs an Lossow verwies — da Möhl doch nicht mehr da sei — habe Fuchs versprochen, gleich zu Lossow zu gehen.

Den Bedenken des Zeugen, daß ein Zusammenarbeiten mit Frankreich in Hinsicht auf die allgemeine Volksstimmung ausgeschlossen sei, begegnete Fuchs mit dem Hinweis, es gebe dann natürlich keine Pressefreiheit mehr, es dürfe nur verlautbart werden, was genehm ist. Die Reichseinheit werde von Seite der Verschwörer nicht gebrochen, wenn es von Berlin aus geschehe, könnten jene nichts dazu.

Der Zeuge gibt noch an, er habe tags darauf dem Fuchs telephonisch geraten, er solle sich mit Dr. Ruge ins Benehmen setzen; dies sei geschehen, weil der Zeuge den Dr. Ruge als einen Fanatiker, völkisch gesinnten Mann kannte, der alles andere als separatistische franzosenfreundliche Absichten verfolge.

In der anschließenden Befragung des Fuchs durch den Vorsitzenden erwähnte der Angeklagte eine gemeinsame Reise, die er mit Pöhner und dem Zeugen nach Wien unternommen habe zu dem Zwecke, die Polizeipräsidenten von München und Wien zusammenzubringen, damit die Anschlußfrage und die Bekämpfung des Bolschewismus erörtert werden.

Im Gegensatz zur Bekundung des Zeugen will

Fuchs

die Dinge so darstellen, als sei er nur zu dem Zwecke zu Frick gekommen, um durch diesen bei Lossow eingeführt zu werden, und von Frick Rat und Hilfe in der ihm über den Kopf gewachsenen Situation zu erhalten. Er greift bei dieser Gelegenheit auf die mehrfach erwähnte Unterredung mit Möhl zurück, wobei zwischen ihm und Möhl nur eine Meinungsverschiedenheit bestanden habe, nämlich hinsichtlich der Monarchie.

Als Möhl etwas später durch den Kronprinzen selbst erfahren habe, daß dieser nicht für eine sofortige Wiederkehr der Monarchie auf der Grundlage eines Putsches sei, soll sich Möhl zu diesem angeblich auch von Fuchs geteilten Standpunkt bekehrt haben.

Der Zeuge Frick bekundet noch, er habe etwa vierzehn Tage vor der Unterredung des 26. Februar dem Ruge, der Auskunft über Fuchs wollte, gesagt, Fuchs sei mit Vorsicht zu behandeln, weil er separatistische Ziele verfolge; diese Tatsache sei dem Zeugen auf Grund seiner Tätigkeit in der politischen Polizei bekannt gewesen.

Der Zeuge faßt sich dahin zusammen, Fuchs verfolge im letzten Grunde wohl großdeutsche Ziele, sei aber dafür, daß sich Bayern, um zu diesem Ziele zu gelangen, wenigstens vorübergehend vom Reiche trennen und mit französischer Hilfe selbständige Politik treiben müsse.

Der hierauf als Zeuge vernommene

Hauptmann a. D. Seidel

war Mithörer des von Fuchs mit dem noch als Zeugen auftretenden Leutnant Neunzert im Wehrkreiskommando geführten Gespräches. Fuchs habe von der Trennung Bayerns vom Reich gesprochen, und als Beweis dafür, daß diese Trennung nicht als Dauerzustand gedacht sei, auf die Tatsache der vielen norddeutschen Offiziere in den hinter Fuchs stehenden Organisationen verwiesen. Außerdem sei von dem Angeklagten eine Äußerung des Inhalts gefallen, man brauche vor einem Rheinbundstaat nicht zurückzuschrecken, denn aus diesem sei das große Deutsche Reich entstanden.

Als der Zeuge Seidel nach der Unterredung dem Neunzert sein Befremden ausdrückte und meinte, der Fuchs scheine in französischem Solde zu stehen, habe Neunzert geantwortet: Der (Fuchs) wird auch in den nächsten Tagen verhaftet!

*

Major a. D. Karl Mayr

teilt mit, er habe gegen den Schriftsteller Karl Graf Bothmer Strafantrag und Privatklage gestellt wegen der von Bothmer vorgebrachten unwahren Behauptungen. Gleiches sei gegenüber dem Bahninspektor Knauf geschehen, von dem die Behauptung über den Notizbuchdiebstahl usw. ausgehe.

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Sektionsversammlungen:

Freitag, den 15. Juni:

Sekt. Schwabing-Pinakothek: 8 Uhr abends Sprechabend im Wittelsbacher Garten, Theresienstraße 38. Redner: Pg. Sesselmann über „Das Reparationsproblem".

*

Gedenket der erwerbslosen Mitglieder der N.S.D.A.P.

Infolge der wahnsinnigen Teuerung befinden sich unsere Erwerbslosen, deren Zahl täglich wächst, in einer äußerst verzweifelten Lage. Not und Elend sind ins Unermeßliche gestiegen. Viele wurden lediglich wegen ihrer Zugehörigkeit zu unserer Partei aus den Betrieben hinausgeekelt und bekommen jetzt keine Arbeit mehr, weil sie als „Hakenkreuzler" bekannt sind. Täglich kommen auswärtige Parteigenossen aus dem besetzten Gebiete und bitten uns um Arbeit und Unterstützung. Diese Bedauernswerten haben kein Heim mehr, gar mancher mußte Frau und Kind zurücklassen. Unsere bescheidenen Mitel sind vollständig unzureichend.

Deshalb rufen wir Euch, liebe Parteigenossen und Genossinnen, besonders Euch im Ausland weilenden zu:

Helft uns das Los dieser Ärmsten zu lindern!

Getragene Schuhe und Kleidungsstücke, ebenso Lebensmittel, wie Brot, Kartoffeln, Mehl sind herzlich willkommen und werden auf erfolgte Zuschrift hin abgeholt. Geldspenden bitten wir ausschließlich zu richten an: Ludwig Völkl, Scheckkonto Nr. 44075, Postscheckamt München.

An unsere Parteigenossen, die Geschäftsinhaber sind, besonders an Großbetriebe, die Bedarf an Fach- und Hilfsarbeitern haben, richten wir die herzliche Bitte, bei Freiwerden von Stellen oder vorübergehender Arbeitsgelegenheit, unsere Erwerbslosen zu berücksichtigen.

Gütige Zuschriften an den Ausschuß der Erwerbslosengruppe der N.S.D.A.P., Corneliusstr. 12, Telephon 23 6 20.

Erwerbslosengruppe!

Die Erwerbslosengruppe sucht sofort: 5 Dreher, 5 Mechaniker, 12 Maschinenschlosser, 8—10 Bauschlosser, 5 Schreiner. Zu melden Donnerstag nachm. zwischen 3—5 Uhr, Westenriederstr. 29, Eingang Sterneckerstraße.

Achtung, Erwerbslose!

Am Freitag, den 22. Juni, nachm. 2 Uhr, findet im Erwerbslosenlokale, Westenriederstr. 29/0, Eingang Sterneckerstraße

große Erwerbslosen-versammlung

statt. Zwecks Neuanlage der Erwerbslosenliste ist vollzähliges Erscheinen im eigensten Interesse geboten. Alle jene, die unentschuldigt fernbleiben, gelten als in Arbeit stehend und werden aus der Erwerbslosenliste gestrichen. Mitgliederkarten sind mitzubringen. Der Ausschuß.

*

S.A.-Musikkapelle

Meldungen zur (neuen) Musikkapelle werden täglich 3—6.30 Uhr nachm. auf der Geschäftsstelle, Corneliusstraße 12, entgegenommen.

Am Dienstag, 19. Juni, abends 6.30 Uhr, versammeln sich dortselbst alle bis dahin in die Musik-Abteilung Neuaufgenommenen zu einer Besprechung.

Musikfreunde!

Unterstützt die Musik-Abteilung unserer S.-A., spendet Noten, Notenständer, Instrumente usw. Parteikameraden, die ihr ein Instrument spielt, tretet bei!

Partei-Männerchor

Sänger heraus!

Meldet euch alle, die ihr einige Übung im mehrstimmigen Gesange habt, ohne Zaudern noch in dieser Woche auf der Geschäftsstelle, Corneliusstraße 12. Deutsche Lieder sollen bei allen unseren ernsten und fröhlichen Anlässen erklingen und unsere Kameraden von der S.-A. begeistern.

J. V.: Neukirch.

*

Mitteilungen auswärtiger Ortsgruppen

Holzkirchen. Heute, Freitag abend, 8 Uhr: Außerordentliche Versammlung in der „Alten Post".

Unterwössen (Obb.). Im überfüllten Saale des „Schafferer" fand am Sonntagvormittag die von der O.G. Schleching veranstaltete erste Versammlung der nationalsozialistischen Bewegung statt. Als Redner war Schriftsteller Marc Sesselmann (München) gewonnen, der in zündender Rede den Wahnsinn der Teuerung entlarvte als eine Hauptwaffe des Weltspekulationskapitals in dem gegen Deutschland gerichteten wirtschaftlichen Vernichtungskrieg. Der Nachweis, daß hierdurch jedes Arbeitsvermögen und jede ehrliche Arbeitskraft in Stadt und Land entwertet bis zur Enteignung und Versklavung, war auf die Zuhörer (Bauern und Holzarbeiter) von größter Wirkung. Und wie der Redner den erlösenden Ausweg vorzeichnete, folgte alles in atemloser Spannung. Es traf sich schließlich, daß die Glocken läuteten und die Häupter sich entblößten, als der Referent am Schlusse seiner Ausführungen die Gemeinschaftsidee stellte, die Rückkehr zu Treu und Redlichkeit gegeneinander im täglichen Leben und die Forderung an die Regierung, wieder im sittlichen Geiste dem allgemeinen Wohl gegenüber dem Inlandsfeind Geltung zu verschaffen. Begeisterter Beifall bewies die Sympathie des Achzrundes für das wirtschaftliche und soziale Gesundungsideal der deutschen Freiheitsbewegung. Zum Ärger der erschienenen Marxisten verschwand der eigens aus Traunstein verschriebene Parteisekretär Wiendl nach dem Vortrag, obwohl er sich bereits zur Diskussion gemeldet hatte und noch genügend Zeit gehabt hätte. Die Sieghaftigkeit unseres Wollens hatte ihm die Rede verschlagen. Vorsitzender Lehrer Seeger verlas noch den erschütternden Brief eines Freundes unseres Schlageter und gedachte mit warmen Worten dieses gemordeten Helden, der heute der heimatlichen Erde übergeben wurde. So schloß unsere erste Versammlung mit einem durchschlagenden Erfolg.

*

Eine Heimsche Niederträchtigkeit

In einem mit der Überschrift „Anschlag auf das Leben Dr. Heims" überschriebenen Artikel im „Bayerischen Bauernblatt", dem Organ des Christlichen Bauernvereins, wie es sich stolz nennt, steht über den Prozeß gegen die separatistischen Hochverräter folgendes zu lesen:

„Auch über die Nationalsozialisten und ihren Anhang hat der Prozeß jetzt schon allerhand interessante Aufschlüsse gebracht. Der Angeklagte Fuchs erzählte u. a., daß eine schwarze Liste bestehe, die 100 Namen enthalte; diese Personen, worunter sich auch Dr. Heim befindet, sollten von Hitlerleuten beim Losschlagen sofort umgebracht werden.

(Dr. Heim, der Führer der bayerischen Bauern, sollte beseitigt werden, um die Bahn zur dritten Revolution freizumachen, den bayerischen Bauern machtlos und das bißl Selbständigkeit, das Bayern noch hat, zu nehmen. Bauern, ihr wißt nun, was die Nationalsozialisten wollen und wißt auch, was ihr von den Sprüchen gewisser Führer der vaterländischen Organisationen zu halten habt. Der Münchener Prozeß warf ein grelles Licht auf den Sumpf und die Gesinnung dieser Leute. D. Red.)"

Wer bisher noch nicht gewußt hat, daß gewisse Führer der Bayerischen Volkspartei, die das Maul voll haben von Christentum und christlichem Geist, in Wirklichkeit die verlogensten und niederträchtigsten, scheinheiligsten Heuchler und Pharisäer sind, dem wird es durch obige Notiz gründlich klar werden. Ausgerechnet der Dr. Heim, der selbst schon mit einem französischen General verhandelt hat, der bei den weitesten Kreisen unseres Volkes im schweren Verdacht steht, damals ähnliche Pläne gehegt zu haben, wie die nun auf der Anklagebank Sitzenden, ausgerechnet der Dr. Heim, der bei der Abstimmung über die Weimarer Verfassung, die Bayern alle Selbständigkeit raubte, sich drückte, ausgerechnet der Dr. Heim, der einer der maßgebensten Führer der Bayerischen Volkspartei ist, deren Schaukelpolitik und Feigheit der Verlust der letzten bayerischen Hoheitsrechte zu verdanken ist, die das Republikschutzgesetz annahm und Bayern dadurch um den letzten Rest der „bißl Selbständigkeit" brachte, ausgerechnet dieser Dr. Heim beschuldigt nun die Nationalsozialisten des inneren Einverständnisses und der Bundesgenossenschaft mit den Separatisten vorm Volksgericht, die doch (siehe das Bestreben, Rupprecht von Wittelsbach zum König zu machen!) fast als politische Gesinnungsgenossen des Dr. Heim anzusprechen sind. Und unverschämt, wie schon öfter, wenn es gilt, der Bewegung eins auszuwischen, die auf Grund ihrer Ehrlichkeit den Heimschen Bauernfängern und Schaumschlägern begreiflicherweise innerlich zuwider ist, behauptet man, daß die Nationalsozialisten Dr. Heim ermorden wollten, obwohl man genau weiß, daß von der Nationalsozialistischen Partei beim Prozeß in dieser Sache auch nicht ein Wort erwähnt worden ist, ja, überhaupt weder die Partei noch irgendeiner ihrer Leute an diesem Prozeß beteiligt ist. Im Gegenteil, es ist ausdrücklich festgestellt worden, daß von den phantastischen Verbrechern, die sich mit der Bildung einer sogenannten Tscheka beschäftigen, auch einer der bedeutendsten Nationalsozialisten, Dietrich Eckart, ermordet werden sollte.

Doch wozu noch viele Worte. Für die Art, wie hier von Leuten, die sich christlich nennen, und in Wirklichkeit die verkörperte Unwahrhaftigkeit sind, politische Brunnenvergiftung getrieben wird, gibt es nur eine Antwort: Niedriger hängen!

*

Badische Sowjetjustiz

Am 5. Juni fand vor dem Landgericht Konstanz eine Verhandlung gegen fünf Arbeiter wegen Vergehens gegen das Juden-(Republik-)Schutzgesetz statt. Die Betreffenden waren im Februar in einem Schanklokal zusammengekommen, um sich von dem Hauptbeschuldigten dessen Eindrücke von seiner Reise zum Parteitag der N.S.D.A.P. in München erzählen zu lassen. Bei dieser Gelegenheit wurden einige Exemplare des „Völkischen Beobachter" mit einliegenden Flugblättern herumgereicht, im übrigen über Sozialdemokratie und Judentum verhandelt.

Von dieser Haupt- und Staatsaktion hatte nun das örtliche Bolschewistenblättchen durch seine Späher Kenntnis erhalten und erhob daraufhin ein geifferndes Wai-Geschrei über die bösen Hitlerbuben. Prompt fiel natürlich der Staatsanwalt als Hüter der Republik darauf herein und ordnete polizeiliche Haussuchung an, welche auch tatsächlich einige Flugblätter und Schriften Münchener Ursprungs zutage förderte. Dieses erdrückende Beweismaterial genügte, um das Verfahren gegen fünf deutsche Männer wegen verbotener politischer Umtriebe anhängig zu machen, dieweilen Spartakus durch Versammlungen und Demonstrationen offen zum Landesverrat auffordert. Aber der Staatsanwalt ist eben — und nicht nur in Konstanz — auf dem linken Ohr taub und drückt das linke Auge krampfhaft zu.

Die Verhandlung ergab denn auch die völlige Haltlosigkeit der Anklage, so daß selbst der Vorsitzende den Ausspruch tat: Man scheine hier mit Kanonen auf Spatzen geschossen zu haben. Der Oberstaatsanwalt, welcher in höchsteigener Person die Anklage in einem so hochnotpeinlichen, politischen Prozeß vertrat, mußte sogar zugeben, daß von einer Versammlungs- oder Agitationstätigkeit der Angeklagten nicht die Rede sein könne.

Aber wenn man nun annehmen wollte, daß auf Grund dieser Tatsache Freispruch erfolgen mußte, irrt man sich ganz gewaltig.

Die Angeklagten, welche mit dem Parteiabzeichen an der Brust erschienen waren und sich als Mitglieder der Ortsgruppe München bekannten, ahnten wohl nicht, daß ihnen hieraus ein Strick gedreht werden sollte. Da die Partei in Baden verboten ist, wird die Zugehörigkeit zu einer bayerischen Ortsgruppe als Umgehung des Gesetzes betrachtet, und der Oberstaatsanwalt beantragte die Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis.

R.-A. Billing, Überlingen a. See, welcher nicht der N.S.D.A.P. angehört und die Angeklagten vorher nicht kannte, gab zunächst ein durchaus objektives Urteil über die Hitlerbewegung ab. Er wies auf die — für unser Volk höchst erstrebenswerten — Ziele des Nationalsozialismus hin und kennzeichnete die Träger dieser politischen Richtung als Idealisten. Gerade die von ihnen verfochtene völkisch-soziale Idee ist es, welche den schlichten Mann so begeistert, der nicht mit der Kritik des Intellektuellen an eine Sache herangeht, sondern mit dem Herzen dabei ist. Ein sozialdemokratischer Ausspruch sage mit Recht: Jede Hitlerversammlung kostet uns 1000 Anhänger.

Auf die juristische Seite der Angelegenheit kommend, widerlegte der Verteidiger in glänzender Rede die Auffassung des Oberstaatsanwaltes, selbst wenn diese sich auf eine Auslegung des in Leipzig akklimatisierten Oberreichsanwalts stütze. Ist es an sich schon ein Hohn auf die deutsche Justiz, daß in Baden und anderen Ländern verboten ist, was in Bayern und Württemberg erlaubt, so steht die Verurteilung eines in München eingetragenen Mitglieds einer dort staatsrechtlich anerkannten Organisation in einem merkwürdigen Gegensatz zu der vielgepriesenen Reichseinheit. Es bedeutet geradezu eine Herausforderung an den Nachbarstaat Bayern, wenn in Baden die Ortsgruppe München der N.S.D.A.P. als aufgelöst betrachtet wird; denn laut obigem Gesetz ist nur die Beteiligung an aufgelösten Organisationen strafbar.

Trotzdem nun den Angeklagten nichts zur Last gelegt werden konnte, als daß sie von der ihnen durch die Reichsverfassung gewährleisteten freien Meinungsäußerung Gebrauch gemacht hatten und ihrer Überzeugung gemäß der N.S.D.A.P. in München beigetreten waren, schloß sich das Gericht der Meinung des Oberstaatsanwaltes an und erkannte — da es sich um badische Staatsbürger handelt — auf drei Monate Gefängnis.

Dieses ist die „Mindeststrafe", die selbst in der Urteilsbegründung vom Vorsitzenden im Vergleich zu dem einstigen Sozialistengesetz als „drakonisches Strafmittel" des republikanischen (sprich jüdischen) Schutzgesetzes bezeichnet wurde.

Selbstverständlich wurde Berufung eingelegt. **Im übrigen sind durch dieses Schandurteil der Bewegung Hunderte von fanatischen Kämpfern erstanden.**

Handel, Finanz- und Wirtschaftspolitik

745 Milliarden neuer Zahlungsmittel

Die Beanspruchung der Reichsbank hat sich nach dem Ausweis vom 7. ds. Mts. in beträchtlichem Umfange fortgesetzt. Das Wechselportefeuille der Bank stieg in der ersten Juniwoche um 604,6 Milliarden M. auf 4619,2 Milliarden Mark. Da das Reich neue sehr erhebliche Anforderungen an die Reichsbank stellt, so erfuhr der Schatzanweisungsbestand der Reichsbank trotz einer bedeutenden Steigerung des Absatzes von Reichsschatzanweisungen im freien Verkehr eine Vermehrung um 426,5 Milliarden Mark auf 8448,4 Milliarden Mark. Die gesamte Kapitalanlage hob sich demgemäß um 1041,9 Milliarden Mark auf 13 140,2 Milliarden Mark. Auf der anderen Seite wuchsen die fremden Gelder der Bank um 580 Milliarden Mark auf 5643,1 Milliarden Mark.

Der Neubedarf an Zahlungsmitteln war, wenn auch geringer als zum letzten Monatsschluß, so doch nach wie vor außerordentlich groß. Der Banknotenumlauf stieg weiter um 745,8 Milliarden Mark auf 9309,6 Milliarden Mark, der Umlauf an Darlehenskassenscheinen um 59 Millionen Mark auf 12,4 Milliarden Mark.

Im Goldbestande der Bank ist die Inanspruchnahme des Golddepots im Auslande mit 1 Million Goldmark zu erwähnen; das unbelastete Golddepot verminderte sich infolgedessen auf 180 Millionen Goldmark. Der Goldkassenbestand der Bank blieb unverändert auf 576,9 Millionen Goldmark. Die Bestände in Münzen aus unendlem Metall nahmen um 1 Milliarde Mark auf 16,1 Milliarden Mark zu.

Die Darlehnskassen des Reichs liehen in der Berichtswoche 302,8 Milliarden Mark aus; ihre Darlehns-Bestände in Münzen aus unedlem arden Mark. Da der Reichsbank ein dieser Vermehrung entsprechender Betrag an Darlehenskassenscheinen von den Darlehnskassen zufloß, so haben sich die Bestände der Bank an solchen Scheinen auf 2185 Milliarden Mark erhöht.

Englischer Außenhandel

Die Werteinfuhr betrug im Mai 89 478 906 Sterl., das entspricht gegenüber dem Mai des Vorj. einer Zunahme von 758 427 Sterl. Die Wertausfuhr erreichte 71 554 864 Sterl., das sind 13 509 511 Sterl. mehr als im Vorjahre.

Russischer Außenhandel

Wie die Russische Telegraphenagentur mitteilt, betrug die Einfuhr der Sowjetrepublik von Oktober bis März 1923 34 Millionen Pud, die Ausfuhr 34 900 000 Pud. Der Wert der Einfuhr überwiege die Ausfuhr um 62 000 Goldrubel.

Sowjetrussisches

Trotz der Hungersnot in Rußland setzt die Sowjetregierung ihre Getreideausfuhr fort. So sind am 27. und 28. Mai wieder zwei Dampfer mit 170 000 Pud Getreide n. Deutschland und ein Dampfer mit 145 000 Pud Getreide nach England abgegangen. Geschäft über alles. Und das russische Volk hungert...

Goldausbeute in Transvaal

Die Goldausbeute in Transvaal betrug im Mai 1923 786 564 Unzen im Werte von 3 342 897 Pfund gegen 3 160 117 Pfund im April 1923 und 3 676 591 Pfund im Mai vergangenen Jahres.

Neue Anleihen Berlins

Die Stadt Berlin hat die Genehmigung zu einer Anleihe bis zu 10 Milliarden Mark oder bis zu 200 000 Zentnern Roggen erhalten, die auch teils als Mark- und teils als Roggenwertanleihe herausgegeben werden darf. Die Stadt legt vom 15. bis 28. Juni d. J. als Teilbeträge von der Markanleihe zwei Milliarden Mark, von der Roggenwertanleihe 60 000 Zentner Roggen zur Zeichnung auf. Der Zeichnungspreis der Markanleihe beträgt 100 Proz., der Zinssatz 1 Proz. unter dem jeweiligen Reichsbankdiskont, mindestens aber 8 Proz., höchstens 18 Proz. Bei der Roggenwertanleihe wird der Zeichnungspreis nach dem an der Berliner Börse während der Zeichnungsfrist amtlich notierten Durchschnittspreise für märkischen Roggen mit einem Abschlag von 15 Proz. festgesetzt, beläuft sich aber abzüglich Stückzinsen für Juli höchstens auf 85 000 M. für einen Zentner Roggen. Der Zinssatz ist 5 Proz. der verbrieften Roggenmenge. Die Zinsen werden in Reichsmark gezahlt. Die Stücke der Anleihe lauten über den Geldwert von 1, 5 und 10 Zentner Roggen.

Vom Kaliwerk Westeregeln

Die A.-G. Konsolidierte Alkaliwerke Westeregeln weist folgenden interessanten „Personalbestand" auf:

1. Von der Generalversammlung gewählte Mitglieder:

Georg Ebeling, Bergrat, Hannover, Vorsitzender; Dr. Albert Katzenellenbogen, Justizrat, Direktor der Mitteldeutschen Creditbank, Frankfurt a. M., 1. stellv. Vors.; Dr. jur. Artur Salomonsohn, Geschäftsinhaber der Diskonto-Gesellschaft, Berlin, 2. stellv. Vors.; Jakob Goldschmidt, Geschäftsinhaber der Darmstädter und Nationalbank, K. a. A., Berlin, 3. stellv. Vors.; Erich Heinrich von Berger, Direktor der Diskonto-Gesellschaft, Berlin; Graf Angus Douglas, Ralswiek auf Rügen; Franz Ebstein, Bankier i. Fa. Hugo J. Herzfeld, Berlin; Ferdinand von Grumme-Douglas, Admiral z. D., Rehdorf bei Königsberg-Neumark; Heinrich Kirchholtes, Bankier in Fa. Gebr. Sulzbach, Frankfurt a. M.; Jakob Kottow, Direktor der Süddeutschen Diskonto-Ges., A.-G., Mannheim; August Ladenburg, Bankier i. Fa. E. Ladenburg, Frankfurt a. M.; Theodor Lichtenberger, Bergrat, Heilbronn a. N.; Friedrich Reinhart, Direktor der Mitteldeutschen Creditbank, Berlin; Theodor Mix, Direktor, Heilbronn am N.; Ludwig Silberberg, Bankier i. Fa. Adolf Mayer, Hannover; Dr. rer. pol. h. c. Benno Weil, Direktor der Süddeutschen Diskonto-Gesellschaft, A.-G., Mannheim.

2. Vom Betriebsrat gewählte Mitglieder: Karl Kunze, Schmied; Franz Westphal, Eisenbahnvorsteher, beide in Westeregeln.

Vorstand: Paul G. Ebeling, Generaldirektor, Westeregeln; Dr. ing. h. c. Heinrich Zirkler, Bergrat, Aschersleben; Dr. Wilhelm Feit, Generaldirektor, Leopoldshall-Staßfurt; Wilhelm Beckhusen, Direktor, Westeregeln (stellv.).

Von den 16 Aufsichtsratsmitgliedern sind 11 Bankiers zum größten Teil mit gut „deutschen" Namen vertreten. Dazu kann man Westeregeln gratulieren...

Wirtschaftsrundschau

Die neue Kohlenpreiserhöhung

Berlin. Die Steigerung aller Preise, welche eine Erhöhung der Bergarbeiterlöhne notwendig machte, zwang die Organe der Kohlenwirtschaft, heute neue Kohlenpreiserhöhungen zu beschließen. Diese betragen für Ruhrfettförderkohle 82 074 M., Oberschlesien durchschnittlich 74 981 M., Niederschlesien durchschnittlich 87 358 M., Sachsen durchschnittlich 106 178 M., Niedersachsen-Ibbenbüren durchschnittlich 81 388 M., Niedersachsen-Barsinghausen durchschnittlich 89 109 M., Aachen-Eschweiler durchschn. 86 880 M., Aachen Nordstern durchschn. 109 001 M., Rheinische Braunkohle (Rohkohle) durchschn. 14 880 M., Rheinische Briketts durchschn. 50 581 M., Mitteldeutsche Braunkohle (Rohk.) durchschn. 15 843 M., Mitteldeutsche Briketts durchschn. 51 752 M. Diese Erhöhungen steigern sich um die üblichen Steuersätze usw. und um 900 M. je Tonne abgesetzter Steinkohle für den Bau von Bergarbeiterheimstätten. Die Beschlüsse erfolgten gegen eine Stimme eines Arbeitnehmers der verbrauchenden Industrie. Die neuen Preise gelten ab 15. 6. Die Preiserhöhungen halten sich an das Ausmaß der Lohnerhöhungen. Für die mitteldeutschen Braunkohlenreviere sind die Erhöhungssätze geringer als die Lohnsteigerungen. Der Preis für Ruhrförderkohle wird sich diesem Beschluß gemäß von jetzt 221 200 M. je Tonne auf 335 200 M. erhöhen.

Preisbewegung

Die Vereinigung deutscher Zahnradfabriken hat mit 11. Juni folgende Multiplikatoren festgesetzt: Für komplette Zahnräder 250, für Bearbeitung eingesandten Materials 220.

Die Vertriebsgesellschaft Deutscher Baumwoll-Nähfadenfabriken hat vom 11. Juni den Aufschlag auf die neuen Grundpreise vom 12. März von 6200 v. H. auf 6600 v. H. erhöht.

Der Deutsche Spiralbohrer-Verband erhöht mit Wirkung vom 11. Juni die Multiplikatoren: Gußstahlbohrer cyl. unter 1 mm 2200, cyl. über 1 bis 4 mm 2100, cyl. über 4—7,5 mm 2500, über 7,5—10 mm 3000, alles übrige bis einschl. 49 mm 3600, über 49 mm 3800. Schnellstahlbohrer cyl. und kon. 1—4 mm 1800, über 4—7,5 mm 2100, über 7,5—15 mm 2700, über 15 mm 2500.

Der Benzolverband setzte den Kleinverkaufspreis für gereinigtes R.-Benzol auf 7000 M. für das Kilogramm ab 14. d. M. fest.

Kleinrentner und Münchener Stadtanleihen

München. Der von der demokratischen Fraktion im Stadtrat eingebrachte Antrag, um eine zu starke Schädigung der Kleinrentner bei der Rückzahlung der gekündigten alten Münchener Stadtanleihen zu vermeiden, allen Inhabern von Beträgen bis zu 20 000 M. den Umtausch in Stücke der neu auszugebenden hochverzinslichen Anleihe oder statt dessen eine Eintragung in das Stadtschuldbuch zu ermöglichen, hat sich als ein reines [illegible] erwiesen. Der [illegible]